

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohmentpreis mit der dgl. Unterhaltungsbeilage 20 Pf. Witten, Rausch
sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Prangerblatt monatlich 10 Pf.
Durch den Post bezogen vierfachjährl. R. 2.75.— unter Kreuzband für Deutschland und
Österreich-Ungarn R. 5.— Ganzheitl. Preis mit Ausnahme des Sonntags und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Etage 1769.
Sprechstunde am Montag von 19 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Etage 1769.
Geschäftstage von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Unterlass werden die gesetzten Beiträge mit 10 Pf. berechnet, der dreimalige
Überholung nach Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Interesse müssen
bis spätestens 10 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 21.

Dresden, Mittwoch den 27. Januar 1909.

20. Jahrg.

Gewerbeordnungs-Novelle und Arbeiterversicherung

sind außerordentlich wichtige Fragen des Arbeiterlebens!

Kein Arbeiter fehle deshalb in den Versammlungen, in denen am Freitag und Sonnabend über diese Fragen gesprochen wird!

Candtagsende.

Am Montag nachmittag hat der Landtag seine Verfolgungen beendet und gestern fand der übliche Schluss statt. Doch handelt es sich diesmal um mehr als einen der üblichen Sessionsschlüsse, wie siehen vor dem Ende des Dreiklassenparlaments. Eine besondere Periode östlicher Wahlrechtschwäche ist damit abgeschlossen worden. Was jetzt kommt, wird aber kaum besser sein; wir müssen jetzt unter einem andern Wahlrecht wählen, doch bleibt das Woll noch wie vor entzweit. Das Dreiklassenparlament wird durch das Vierklassenhaus abgedrückt werden. Wer wollte darin einen Fortschritt erblicken? Ein Vorteil aber ist uns durch die neue Wählkassen schwach beschert worden; wir werden die Möglichkeit erlangen, den Kampf gegen die östliche Reaktion auf den ganzen Winde aufzunehmen. Das wird bei den Landtagswahlen geschehen.

Diese Gelegenheit werden wir mit aller Energie auszuhalten. Wir werden uns auch nicht von der Laihache zurückdrängen lassen, dass die Aussicht auf Erringung von Mandaten jetzt gering ist. Wie wissen, dass die Besitzenden, die Agrarier, die Büttler, die besser bezahlten Beamten mit ihren drei und vier Stimmen in fast allen Wahlkreisen das Veto der breiten Massen erdrücken werden; die Arbeiterschaft muss aber trotzdem bis auf den letzten Mann in die Wahlurne kommen. Es gilt vor allem, mit dem Stimmzettel gegen die neue Wahlrichtung zu vorschließen. Sobann auch über mich mit aller Kraft und unter Anwendung aller Mittel versucht werden, soviel wie möglich Arbeitervotanten in den Landtag zu entsenden. Hat man die Arbeiterschaft auch hindurchschieben, so ist doch insofern die Befestigung der aridten Wohl erreicht worden, dass jede Stimme zählt. Es kommt daher auch auf jede Stimme an; es darf daher auch niemand zu Hause bleiben. Durch Absintenz würde kein Protest zum Ausdruck gebracht, damit arbeitete man den schlimmsten Feind der Arbeiter nur in die Hände.

Das Ende des Dreiklassenparlaments muss für uns der Ausgangspunkt eines lebhaften Landtagswahlkampfes werden, in dem wir alle Kräfte zur Niederwerfung der östlichen Reaktion einzufen müssen.

In seiner Schlussrede sang Präsident Dr. Mehnert am Montag das bei solchen Gelegenheiten immer wiederkehrende Lied von dem Fleische der Landtagsabgeordneten, durch den eine ungeheuerliche Arbeit geleistet worden sei. Es kann gezeigt werden, dass dieser Landtag mit Gesetzesvorlagen stärker als die meisten vorhergehenden bestellt war; aber seine Aufgaben wohl auch in der sonst üblichen Zeit von 6-7 Monaten erledigen können, wenn nicht beim Unterschied um die Sige im Landtag beim Wahlrechtsgezere die Zeit monatelang unzulässig vertrödelt worden wäre. Es wäre so einfach gewesen, dem Volke ein gerechtes Wahlrecht zu geben. Weil man das aber nicht wollte, weil man den eigenen Besitzstand und die Herrschaft der Reichen sichern wollte, deshalb das endlose Wahlrechtsgezere.

Wenn von Mehnert am Montag in der zweiten Kammer angekündigt wurde, dass 32 Gesetzesvorschläge an den Landtag gelangten, so muss doch auch betont werden, dass die meisten davon wenig Zeit in Anspruch nahmen und einer eingehenden Beratung nicht bedurften, dafür waren freilich andere, wie das schon genannte Wählrecht, das Wasserrecht, das Fürsorgegesetz und das Berggesetz von großerer Bedeutung. Andere bedurften ebenfalls eingehender Beratung, wie das Forst- und Feldwirtschaftsgesetz, das Stempfsteuergesetz, die Neuordnung der Schule. Die Neuregelung der Beamtenbefriedung hat zwar im Plenum, soweit sie als Vorlage zur Verhandlung stand, nicht viel Zeit in Anspruch genommen, sie bewirkte aber, dass die meisten Gesetze zweimal beraten werden mussten; außerdem verzögerte die rechtsgünstige Einstellung der erhöhten Gehälter in den Staat eine ebenso verzögende wie komplizierte Arbeit, bei der es noch zweckmäßigstens blieb, ob allemal die etatstreichen Vorschriften innen geprüft wurden. Wenn es zu dieser Überforderung kam, so war bei der bürgerlichen Mehrheit der zweiten Kammer die Furcht der Kraut da, man könnte die Stimmen der Beamten bei den Wahlen verlieren, wenn die Beamten nicht durch Gehaltszulagen bei guter Laune gehalten würden. Diese Beamtenfreundlichkeit kostet das Land über 11 Millionen R. jährlich; wenn man den Finanzminister glauben soll, weiß er trotz des Stempfsteuergesetzes noch nicht, woher er das Geld nehmen wird. Es lässt sich nicht leugnen, dass die unteren Beamten fast ebenso schwer wie die Arbeiter unter den Folgen der gemeinigebährlichen Politik im Staat zu leiden haben; für die gut bezahlten höheren Staatsangehörigen wäre eine so überreiche Zulage nicht erforderlich gewesen. Hätte man sich auf Gehaltszulagen für die unteren Beamten befrechtet, wäre eine so bedeutsame Inanspruchnahme der Staatsfinanzen nicht eingetreten.

Bei dem Rennen um die Gunst der Staatsangehörten durften natürlich auch die Lehrer nicht übersehen werden, die ja über eine große Zahl Wählerstimmen verfügen. Wir gönnen den Volksschulern die Erhöhung der Mindestgehalter gern, auch sie leiden ja unter der teuren Zeit. Die konserватiv-nationalliberalen Mehrheit hat sich's aber leicht gemacht. Die Mindestsätze für die Lehrergehälter hat sie zwar erhöht, aber die Wählkassen sind den Gemeinden aufgebürdet worden, die zumeist ohnehin unter den Volksschulhöfen fast zusammenbrechen und gar nicht in der Lage sind, mehr an Lehrergehältern zu gewähren. Schon zeigt sich immer deutlicher, dass die ganze Lehrerfrage-Reform zum großen Teil nur ein Scheingeschäft ist. Sehr viele Gemeinden, die früher mehr als gesetzlich vorgeschrieben war an Lehrergehältern gewährt, legen ihre Lehrer jetzt zunehmlich notgedrungen auf Mindestgehalt. Auf diese Weise haben viele Lehrer kleinster Vorteile von der Schulsregulierung. Hätte die bürgerliche Mehrheit den Lehrern willig helfen wollen, hätte sie auch die Mittel für die erforderlichen Gehaltserhöhungen vom Staat verlangen müssen. Es ist bei einem schwachen oder vergeblichen Versuch geblieben; nicht einmal dazu konnte man sich aufzwingen, für die dümmsten Schulgemeinden 300 000 R. zur Verfügung zu stellen.

Noch schlimmer sind die Bergarbeiter abgesunken. Das östliche Berggesetz ist, wie schon angedeutet, völlig umgestaltet worden. Die organisierten Bergarbeiter hatten hierzu alles aufzubringen, ihre berechtigten Wünsche nach einer Regelung der Erhaltungsdauer, Überarbeit und Bergarbeiterreichtum zu verhindern. Davon ist so gut wie nichts erfüllt worden. Unwohl das durchbare Unglück auf der Seite Radbod die Gewissen hätten schämen sollen, wurden nicht einmal die Arbeiterschaftsleute bewilligt.

Das Feld- und Forstdienststaatsgesetz war eine agrarfeindliche Gesetzesmache schlimmster Art. Veraltete Rechtsanomalien wurden wieder neu vergoldet, um den Grundstücksbesitzer Handhaben zu allerhand Schikanen gegen Spaziergänger, die den Wald aufsuchen, gegen arme Leute, die Beeren oder Pilze sammeln, zu geben. Alle im Interesse der Allgemeinheit und der Volksgejundheit zu erledigenden Unfälle wurden vertreten, der Waldbesitzer mit besonderen Rechten gegen die bisher übliche Benutzung des Waldes verschont und starke Strafen gegen die harmlosen Vergehen gegen das dreimal heilige Privatgegenstand am Walde vorgesehen.

Von den zahlreichen in diesem Landtag eingebrachten Anträgen seien nur genannt die Umfragesteuer, welche der Konserватiven und die Volkschulausträge der Liberalen. Erstere zielt auf Einführung einer landesüblichen Umsatzsteuer, in erster Linie auf eine Erdölsteuer der Konsumvereine ab. Die Regierung lädt nicht über Lust zu haben, diesmal den Mittelfändlern diese wirtschaftlich so gefährliche Konzession zu machen. Die Geschichte scheiterter aber an dem Widerstand der ersten Kammer. Die Volkschulausträge sind nur im Dreiklassenhaus zur Beratung gekommen. Der Umstand, dass sie der Petitionsdeputation überwiesen wurden, die von dem Liberalen Dr. Schill geleitet wird, hat glänzend auf die Erledigung dieser Anträge eingewirkt. Freilich sind auch diese Beschlüsse halbtheit, eine Reihe wichtiger Forderungen ist unerfüllt, andere Fragen sind nur halb gelöst. Es lässt sich aber nicht leugnen, dass ein Fortschritt im Volkschulwesen erzielt würde, wenn die Volkschulbeschlüsse in der zuletzt verabschiedeten Form Gesetz würden.

Zum allgemeinen hat die zweite Kammer häufig abgestimmt. In allen wichtigen Fragen hat sie vor der ersten Kammer zurückweichen, den größeren Einfluss den Bair's überlassen müssen. Das trai schon beim Berggesetz zutage, dass die erste Kammer allerdings vorbereitet hat, nicht weniger umgestaltet, wenn auch nicht beständig griff das "Oberhaus" beim Wasserrecht ein. Vollständig der Directive der ersten Kammer nutzte das Dreiklassenhaus beim Wahlgesetz folgen. Auch bei der Umsatzsteuer war die Entscheidung der ersten Kammer maßgebend. Es lässt sich nicht leugnen, dass die Bair's in den meisten Fällen einen höheren Standpunkt eingenommen haben. Eine solche maßgebende Rolle wie diesmal hat die erste Kammer früher nicht gespielt. Das ist eine Folge des Dreiklassenwahlrechts. Es ist dadurch eine zweite Kammer zustande gekommen, die in keiner Weise mehr im Volke wurzelt, für die breite Masse der Wählerschaft nur Abstotzen und Spott hat. Diese wursellose Ausgeburt des elendesten aller Wahlsysteme musste schließlich so häufig enden, wie sie geendet bat, sie musste unfehlbar und bestimmt und schließlich ganz unter die Unmöglichkeit des "Herrenhauses" gerangen. So endete das Dreiklassenparlament, wie es möglich nicht kommen konnte.

Die kritische Situation.

Die innere Spannung, die den Block in Trümmer zu reißen droht, ist durch die Verhandlungen des zweiten Tages der Wahlrechtsdebatte im preußischen Abgeordnetenhaus zum mindesten nicht gemildert worden. Allesamt hat Herr Wiener es unterlassen, das Ende des liberal-konservativen Haushaltswahlverhältnisses als vollendet darzustellen — solche Entschlossenheit hatte auch niemand von ihm erwartet —, wohl aber fand der Nationalliberalen Dr. Friedberg schwache Lüne zur Bekämpfung der junferlichen Diktatur. Die Junfer bleiken indessen fühl und vergnügt, sie wissen, dass ihnen nichts gelungen kann, und das, wer ihnen nicht vorliest, aus dem Block fliegt, mag er nun Wiener, Friedberg oder Fürst Bülow heißen.

Man nimmt vielfach an, dass der Reichskanzler den Fasching nicht mehr überleben wird. Als keinen wahrscheinlichen Nachfolger nennt man den Statthalter von Elsass-Lothringen und früheren Statthalter in Wien, Grafen Wedel. Bestimmtes weiß freilich niemand, und was heute richtig ist, kann morgen falsch sein.

Die östlichen Schwierigkeiten geben dem Fürsten Bülow vermutlich mehr zu schaffen als die parlamentarischen. Neben die Wahlrechtsfrage geht man sich einstweilen durch mühselige Schweigen und Nichtstun hinwegzuhelfen. Die Nachkämpfer soll aber noch ähnlichen Methoden wie einst die Kanalvorlage verwüstet werden. Man will weitere bedeutende Steuerbefreiungen für junferliche Erdhassen zugelassen, und dadurch die Annahme des Gesetzes der Vorlage durch die Konservativen zu erlaufen suchen. So werden lustig neue Kartentäler gebaut, und die größte Sorge ist, dass nicht ein Windstoß aus höheren Regionen sie wieder umwirft.

Wahlrechts-Wirrwarr.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus wird und geschrieben:

Das preußische Abgeordnetenhaus hat zwei Tage lang über die freisinnigen, polnischen und nationalliberalen Wahlrechtsanträge beraten und sie alle abgelehnt.

Für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht stimmten Sozialdemokraten, Freiheitliche, Polen und Zentrum, lehnten mit dem Vorbehalt, dass die aus der verschiedenen Größe der Wahlkreise entspringende tatsächliche Ungleichheit der Wahlberechtigung behoben müsse. Konservative, Freikonservative und Nationalliberalen lehnen die Einführung des Reichstagwahlrechts ab. Der nationalliberalen Herr Friedberg begründete diese Haltung seiner Partei mit dem denkwürdigen Auspruch, dass die Entscheidung nicht den Massen zustehen dürfe; er hoffte damit aussichtslos, dass seine Partei ihre Freiheit gegen das geistige Wahlrecht im Fleische nur deshalb noch notdürftig zu verborgen sucht, weil ihr der Nutz fehlt, offen dagegenzutreten.

Für das Biuralwahlrecht, wie es die Nationalliberalen wollen, oder — wie es im Autog. Hobrecht und Genossen mit unfreiwilligem Humor heißt — für das nach der Bedeutung der Einzelpersonlichkeit abgestufte Wahlrecht stimmten die Nationalliberalen allein. Mag man es in Sachen merken, dass der große Plan, der dort seine Verwirklichung fand, im preußischen Abgeordnetenhaus gegen den Widerstand eines kleinen Widerholt unter großer Heiterkeit abgebrochen wurde.

Für die Erlegung des indirekten Wahlverfahrens durch das direkte (Abi. 2 des Antrags Hobrecht) stimmten beim Sommerprinzip 165 gegen 168 Abgeordnete, 110 saßen. Und ähnlich gestaltete sich das zahlenmäßig leider nicht genau feststellbare Stimmenverhältnis bei der folgenden Abstimmung über Abst. 3 des nationalliberalen Antrags, der die Einführung der geheimen Abstimmung verlangt. Auch dieser Vorschlag wurde mit einer Zusammensetzung von drei oder vier Stimmen verworfen. Er hätte zur Annahme gelangen müssen, wenn neben den Sozialdemokraten, Freiheitlichen und Polen auch Zentrum und Nationalliberalen möglichst vollständig vereinigt gewesen wären und geschlossen für ihn gestimmt hätten.

Schließlich wurde auch der vierte nationalliberalen Vorschlag zur Güte eine Veränderung der Landtagswahlkreise innerhalb vorgunehmen, als durch Umwidlung der wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse eine wesentliche Vereinigung der für die bisherige Einteilung der Wahlkreise maßgebenden Grundlagen eingetreten ist, von der gesamten Stimmenzahl der Konservativen, Freikonservativen und Zentrumsmännern erfordert. Das Zentrum war nicht dazu zu bewegen, für diesen

Auftrag zu stimmen, obgleich sein Begründer Dr. Friedberg versichert, es könne keinen Zweck haben nicht darauf an, eine "mechanische" Neuregelung der Wahlkreise herbeizuführen und das Vorerecht der "größeren Fläche", d. h. des platten Landes, zu bestätigen. Das Zentrum will selbst bei Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts nicht das kleinste Süldchen des ungebesserten Pluralwahlrechts aufgeben, das den südlichen Dreiklassenwahlern vor dem ländlichen ausführte erneidigt und entzweit. Damit bewährte sich das Zentrum, das für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzutreten vorgibt, als Hüter eines brutalen Wahlunrechts.

So lautet das Ergebnis der ganzen Debatte: Abgelehnt! Abgelehnt! Abgelehnt! Mein Vorschlag zur Änderung des bestehenden Dreiklassenwahlrechts hat den Beifall der Versammlung gefunden. Es liegt nun, darauf den Schluss zu ziehen, das Haus habe erklärt wollen, es ziehe auf dem Boden des Dreiklassenwahlrechts und wünsche nicht, daß an den "bewährten Grundsätzen" geändert werde. Aber dieser Schluss, der, wenn er richtig wäre, wenigstens den Vortrag hätte, Karikatur in die Situation zu bringen, ist sicher falsch. Von sämtlichen Parteien haben sich nur die Deutschnationalen in der bekannten diktatorischen Weise für die Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts ausgesprochen. Nationalliberale, Zentrum, Freiheitliche, Polen, Sozialdemokraten haben sämtlich in den schärfsten Ausdrücken erklärt, sie vertrachten des Dreiklassenwahlrechts als überlebt, morsch, als Karikatur eines Wahlrechts — und diese Parteien bilden zusammen bei vollzähligem Hause die Mehrheit. Die konservativen Anhänger des Dreiklassenwahlrechts würden selbst dann in der Würdeheit sein, wenn sie bei ihren Nachbarn zur Linken, den Freiheitlichen, keine Unterstüzung finden würden, was aber, wie man aus den Forderungen des Freiheitsv. v. Heldt weiß, keineswegs der Fall ist. Es besteht also im Abgeordnetenhaus auch keine Mehrheit für die Erhaltung des Dreiklassenwahlrechts.

Was will nun dieses schwache Blatt einer anderen Volksvertretung? Es will kein Pluralwahlrecht, kein Mehrklassenwahlrecht, aber auch kein gleiches Wahlrecht. Das Wahlverfahren soll weder direkt noch indirekt, die Abstimmung weder öffentlich noch geheim sein. Man muß gestehen, ebensoviel Weisheit, ebensoviel Klugheit und Entscheidendheit der Meinung hätte sich auch erzielen können, wenn man die Entscheidung der Wahlrechtsfrage statt diesem hohen Hause einer beliebigen Schärfe überlassen hätte.

Für eine Art Gesetz gilt das Richterwort von Gelehrten und Rechtern, die sich wie eine ewige Krankheit fortsetzen, mehr als für Wahlrechte. Sie schlechter die Wahlrechte sind, desto schwerer ist es sie loszuwerden; denn diejenigen, die berufen sind, sie zu befehligen, die gewöhnlich Gelehrte sind, verdausen ihre Wahl durch jährlinge Gelehrte und entziehen durch ihre Abstossung sich selber den Boden ihrer politischen Existenz. Sie schlechter ein Wahlrecht ist, desto schlechter, unsicherer, dem Guten feindlicher wird auch das Parlament sein, das aus den Wahlen hervorgeht.

Leute, die nicht wissen, wohin sie wollen, müssen geführt werden. Eine entschlossene Regierung könnte vielleicht dem hilflosen Landtag den Weg zeigen, den zu geben ihm Vernunft und Gerechtigkeit. Aber die Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhaus sind ja nur ein getreues Spiegelbild der Begegnungen, die in der letzten Zeit im Schope einer sozialistischen Regierung gezeigt worden sind. Auf dem Tische sitzen verschiedene Kreise, die sich nicht zu helfen wissen. In Preußen und im Norden zeigt sich die allgemeine Kapitalistie abermals zur politischen Krise, die Regierungen und die Parlamente verschwören durch ihr schwülstig unentschlossenes Schwanken Verlusten den Rest ihrer Autorität. Für ein politisch reifes, energisches, starker Ziel bewußtes Volk sind solche Zeiten der Auflösung und Verwirrung Zeiten des Fortschritts und des politischen Erfolgs.

Weint sich Regierung und Parlament unzählig zeigen, das Volk zu leiten, so muß das Volk seine Sache selber in die Hand nehmen. Denn gleich, was der nationalliberale Redner Herr Dr. Friedberg am wenigsten will: Die Massen entscheiden!

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom Dienstag den 26. Januar.
Die Beratungen über die Wahlrechtsanträge werden fortgesetzt.

Abg. Dr. Friedberg (nachl.):

Wenn man, wie wir, eine Abstimmung des Wahlrechts für nötig hält, kann man nur wünschen, daß Erhebungen vorgetragen werden, die möglichen wie realischem, daß diese Erhebungen möglichst bald zum Abschluß gebracht werden. Meine Freunde sind nach wie vor durchaus gegen die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Dagegen wollen wir das Reichstagswahlrecht selbst gegen Angriffe schützen. Für die geheime Abstimmung tritt die große Mehrheit meiner politischen Freunde ein. Die Bevölkerungsanzahl darf bei einer Wahlkreisteilung nicht allein maßgebend sein. Da stimmen wir mit dem Norden und dem Zentrum überein. Das Zentrum bedient hat eigentlich gar nichts gesagt. Das Zentrum hat es auch immer beim Wahlrecht so erwartet, daß es jede politische Bedeutungsfestigung verhindert hat. Es hat zwar immer theoretisch für das allgemeine Wahlrecht ausgetreten, aber es hat nichts Einzelnes zu seiner Einführung gegeben. Nun zum sozialistischen Redner. Seine Ausführungen sind als eine Kritikserklärung vom Blas und als ein wohlüberlegter Vorschlag gegen den Ministerpräsidenten angegeben worden. Wir werden diejenigen Konsequenzen ziehen, die uns aufgezeigt werden, wie werden auch unseren Weg allein zu geben beabsichtigen. Das Wahlrecht soll sich nach dem sozialistischen Redner bewegen — weil es die Stadtteilung der Konservativen befreie. (Ausstimmung lins.) Ist nicht im Laufe der Zeit das Wahlrecht durchaus moral geworden? (Ausstimmung links. Widerspruch rechts.) Nicht zu verstehen ist, wie der Abg. v. Althoff gerade gestern so sehr sich dem Zentrum anschließen konnte, obwohl doch das Zentrum für das allgemeine Wahlrecht ist. (Sehr richtig lins.) Man will mit Gewalt von Seiten der Konservativen sich wieder dem Zentrum anschließen. Wenn ich aber die Wahl habe zwischen dem Christentum des Herrn Herold und dem des Herrn v. Althoff, so ziehe ich das des Herrn Herold vor. (Heiterkeit, Sturm und Lachen.) Alles wird um das Zentrum! Große Heiterkeit.) Wie Nationalliberalen sind genötigt, so ziemlich gegen alle Fronten zu kämpfen. Nebenher haben sich aber die Konservativen mit dem Zentrum gegen uns verbündet. (Große Rufe rechts.) Jawohl, Sie haben sich mit demselben Zentrum verbündet, das im Westen mit der Sozialdemokratie zusammengesetzt. (Großer Lärm im Zentrum. Rufe: Wiederholung.) Wie wollen die Konservativen nicht befehligen. Wir berichten aber, daß die konservative Herrschaft notwendig ist. (Wiederholung.) Sie ist nicht mit dem Staatswohl identisch. Sie sind nicht die einzigen Träger des Thrones. Sie führen nicht die Krone, Sie bewahren sie. (Beifall links. Widerspruch rechts.) Entschieden Sie sich aber zu einer Reform, so werden Sie dem Lande einen großen Dienst erweisen.

Abg. Dr. Wimmer (frei. Volsp.):

Gewiß hat niemand erwarten können, daß heute die Staatsregierung sofort einen Gesetzentwurf vorlegen würde, der das allge-

meine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einführt, aber man mußte erwarten, daß wenigstens größere Arbeit geschaffen werden wäre über den Stand der Vorarbeiten und über Richtung und Ziel der gesetzgeberischen Arbeit. Der Minister hat auf die Atomwiderstand umfassender Vorarbeiten hingewiesen und besagt, daß die Vorarbeiter eine "gewisse Zeit" in Anspruch nehmen. Das ist gerade, was wir bedauern, daß diese Zeit nicht "gewiss", sondern höchst ungewiß ist. Eine dringende Reform darf nicht unter den Ermittlungen erscheinen werden. Daraus es ankommt, ist, daß wir vornahm kommen. (Beifall links.) Hier heißt es: Vieh Tambs, Herr Minister! Es ist vor allen Dingen nötig, daß die Wünsche des Volkes nicht unerfüllt bleiben, weil eine Reform den Konservativen nicht gefällt. Herr v. Rautenberg hat der Regierung eine unglaubliche Feindschaft und Größe angemeldet, wenn sie eine Vorlage bringen sollte, die den Konservativen nicht gefällt. Mit dem Hinweis auf die Autorität der Krone kann der Widerstand gegen die Wahlreform um so weniger gerechtfertigt werden, als die Autorität der Krone durch eine Reform nicht geschwächt, sondern gestärkt wird. Die Haltung der Konservativen ist natürlich beeinflußt durch den Ausgang der Landtagswahl. Das versteht ich, aber der Ausgang der Wahl bestellt doch nicht, daß die Konservativen eine entsprechend starke Störung im Lande hinter sich haben. Das unglaubliche Wahlrecht und die Wahlrechtsvereinigung beweisen, daß die Wahlen nicht ein Spiegelbild der Volksstimmarung, sondern ein Spiegelbild der Wählervote geben.

Von Veringeitung hat Friederich v. Richthofen und gesagt:

Wo steht Sie, wenn der Blatt zerfällt? Nun, wie wären dann in genau denselben Positionen, in der wir früher waren, und jedenfalls in einer besseren als die Konservativen. Denn wir hätten immer noch die Möglichkeit, mit anderen Parteien eine Abstimmung zu bilden, während die Konservativen im nächsten Tage ohne die Liberalen überhaupt keine Mehrheit zusammenbringen können. Den Konservativen wenigstens dieses Hauses schaut aber jetzt offenbar die Zeit gekommen, von der Blattwüste abzurufen. Sie werden um die Stimmen des Zentrums. Die Ausführungen des Friederich v. Richthofen zeigen zusammen mit der Rede des Herrn v. Oldenburg und den Neuerungen der Kreuzzeitung unter den Konservativen Korrespondenten, daß sich eine Aenderung der politischen Situation vorbereitet und daß die Konservativen sie herbeiführen wollen. Wir stehen diesem Beginnen mit fügerlicher Gelassenheit gegenüber und werden ruhig die Konsequenzen aus der veränderten Lage ziehen. Die Tafel ist wendbar und richtet sich nach den jeweiligen Verhältnissen. Alles in allem hat die Rede des Herrn v. Richthofen den Vortrag, daß sie sehr deutlich war und preußisch zurklärung der politischen Situation beigetragen hat. Ihr farter Sinn war: wir stabilisierten unsere Macht als einen rochen der bronze, und wehe der Regierung, welche sich eingefangen läßt, durch eine Wahlrechtsvorlage am unerträglichen Hochstellung irgendwo zu rütteln. Eine selbstbewußte Regierung müßte gerade nach dieser Rede unverzüglich eine Wahlrechtsvorlage einbringen, und wenn sie durch die Haltung der Konservativen zum Scheitern kommt, dann müßte sie an das Land appellieren. Wenn die Vorlage dann wirklich den Bedürfnissen der Gerechtigkeit entspricht, dann bin ich überzeugt, daß vor dem Volkswillen die Macht der Konservativen zerstört würde wie die Spreu vor dem Winde. (Lebhafte Beifall.)

Ein Schulhantag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Nach dem Schlusssatz des Abg. Hoff (frei. Versinnig.) stand in der Abstimmung keine der geplanten Anträge die Mehrheit. (Siehe oben das Ergebnis der Cirkselabstimmungen.)

Deutsches Reich.

Dampfer-Subventionen.

Der Reichstag verhandelt om Dienstag über die neue Dampferabventionsvorlage, mit der trotz ihres vorjährigen Scheiterns die Regierung erneut aufwartet. Diese Beleidigung für den Norddeutschen Lloyd und die Neu-Guinea-Familie ist mit einer Begründung versehen, deren orientalische Brüder der Nordseegebiet deutlich auf Herrn Dernburg hinweist. Ob die Liegenschaften diesmal bewilligt werden wird, steht dahin. Die wirtschaftliche Vereinigung scheint nicht mindesten zu wollen. Die anderen Blockgruppen freilich sind begeistert. Der nationalliberale Semler ist natürlich dafür und plädiert und der freimaurerliche Herr Hornemann hält mit schöner Führung für den notleidenden Lloyd Stimmung zu machen. Auch die Konservativen sind für die Vorlage. Für sie sprach Diederich Dahn, der sein wildes Dasein als Fraktionssprecher augenscheinlich deshalb aufzugeben hat, weil er als Fraktionssprecher der zumeist etwas mundfaulen Junfern seinem angeborenen Redebürtlin besser die Zügel schieben lassen kann. Der Reichsvariete Dirksen sprach lang und breit von dem blühenden Neu-Guinea, dessen Handelsbilanz wohl kaum die jährlichen Einnahmen dieses reichen Herrn und Volksvertreters erreicht. Natürlich befürwortete auch Herr von Bethmann-Hollweg die Vorlage, und zu seiner Unterstützung war Herr Dernburg herbeigekommen.

Unter Fraktionssprecher Rosse zerpläckte ganz unheimlich die Vorlage einstimmig angenommen. Wie alte Erkennungszeichen in solche Kapitalrentensteuer als eine Ergänzungsteuer zur allgemeinen Einkommenssteuer vorgelesen, hat aber mehr einen verschleierte Charakter (es ist z. B. der Schulabschluß ungefähr wechselhaft auch unsere Parteigenossen dem Geheimtrakt geäußert). Die Steuer beträgt bei steuerbaren Kapitalrenten von 70 M. bis 100 M. 1 Prozent.

aus Unlös keines Geburtstages eine Amnestie im gebrochenen Uniform erlaufen werde. First Bülow soll bei seiner letzten Audienz Kaiser diese Angelegenheit mit ihm besprochen haben. Wilhelm II. hat seit seinem Regierungsbau nur ein einziges Mal eine Amnestie verliehen, und zwar onklisch der Geburt seines ersten Enkels, Bülow seine Auskunft. Wieder wird man die Hoffnungen auf eine Amnestie nicht spammen dürfen, denn die Hohenpöbel waren auf eine Amnestie immer sehr zurückhaltend. Bilder ist noch nichts von der Amnestie bekannt geworden.

Gabrikantenvertreter unter sich.

Stremann — der Demagog.

Herr Asler, Tille, der Prophet des kommenden Bundes der Industriellen, liegt in arger Behinde mit den Nationalliberalen, die wütend darüber sind, daß Tille ihnen die Wahl aus den Kreisen des Industrie- und Handelskapitals abnehmen will. In einem Streit über die Bürgerliche Stellung der liberalen Parteikorrespondenten gegen Tille:

„Was Paesch doch sehr stark im praktischen Leben wurde und daß Stremann als Parlamentarier aus den Kreisen der Industrie gewertet zu werden beanspruchen dürfte.“

Darauf antwortet nun der kapitalistische Gründer der neuen Partei in der Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung: „Paesch und Stremann als Vertreter des Gewerbelebens dürfte die überwältigende Mehrheit der deutschen Gewerbetreibenden denn doch mit Entscheidlichkeit ablehnen. Paesch ist ein Doftrinär und Stremann ein Demagog.“

Bosch aus Weimar.

Wie der Eisenacher Korrespondent der Frankfurter Zeitung meint, wird dem weimarischem Landtag bestimmt noch in dieser Session ein neues Landtagswahlgesetz mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlverfahren zugestellt. Das neue Gesetz liegt dem Ministerium des Innern bereits fertig vor, es bedarf nur noch der Durchsetzung durch das Gesamtministerium.

„Ist's wahr, was die Frankfurter Zeitung berichtet?

Im gemeinschaftlichen Landtag der Bergpostaer Abgeordneten den Unions zur Einführung der direkten Wahl zum Landtag eingebracht.

Reichsvereinsgeschäfts.

Im Dezember fand in Greiffenberg i. Sch. eine öffentliche Versammlung des Fabrikarbeiterverbands statt. Bei Polizisten erzielten widerrechtlich zur Überwachung und entfernen sich, trotz mehrfacher Aufforderung nicht. Die Schwärmer des Einberufers der Versammlung, des Gauleiters Konowalec i. Breslau, wurde zurückgewiesen. Dafür kommt Konowalec eine Anklage wegen Übertretung des Vereinsgebiets und wegen Beleidigung. Die beiden Polizisten wollen als „Handwürde“ und „Rathswächter“ bestraft werden sein.

Am Sonnabend fand vor dem Schöffengericht in Greiffenberg die Verhandlung statt. Konowalec betritt auf das entschieden jede Beschimpfung der Polizisten. Auch ein Entlastungszeugnis hat hierzu nichts gehabt. Das Urteil lautete wegen Übertretung des Vereinsgebiets auf Freiheitsstrafe. Der Richter ordnete eine Strafe von 50 Mark für die Polizisten an.

Vor der Darmstädter Strafkammer hatten sich am Sonnabend im Polizeiamtmeister und zwei Polizeieragenten wegen unglücklicher Misshandlung zu verantworten. Anlässlich eines Schlägen ließen sie durch die Haltung der Konservativen zum Scheitern kommen, dann mißte sie an das Land appellieren. Wenn die Vorlage dann wirklich den Bedürfnissen der Gerechtigkeit entspricht, dann bin ich überzeugt, daß vor dem Volkswillen die Macht der Konservativen zerstört würde wie die Spreu vor dem Winde. (Lebhafte Beifall.)

Ein Bergmann erhielt etwa 80 Schläge; zuerst sich aus dem Mann legen, später wurde er verhaftet. Man setzte den Mann handeln, und da er nicht laufen konnte, schleiften ihn die Männer eine Strecke weg mit. Schließlich luden die Geschworenen den Schwerverbreter auf einen Wagen, ihm mit Faustschlägen traditionell. Der Mann war vier Wochen arbeitsunfähig.

Das Urteil gegen den Polizeiamtmeister Martin lautet auf sieben und gegen den Polizeieragenten Dennis auf zehn Monate Gefängnis. Der dritte Angeklagte wurde freigesprochen, weil er auf Befehl des Amtmeisters gehandelt hat und sich im Moment nicht über die Situation orientieren konnte.

Zur bayrischen Steuereform.

Der Steuerausschuß hat das Kapitalrentensteuer in nennenslicher Abstimmung im wesentlichen nach der Regierungsvorlage einstimmig angenommen. Wie alte Erkennungszeichen in solche Kapitalrentensteuer als eine Ergänzungsteuer zur allgemeinen Einkommenssteuer vorgelesen, hat aber mehr einen verschleierte Charakter (es ist z. B. der Schulabschluß ungefähr wechselhaft auch unsere Parteigenossen dem Geheimtrakt geäußert). Die Steuer beträgt bei steuerbaren Kapitalrenten von 70 M. bis 100 M. 1 Prozent.

von mehr als 100 . . . 400 . . . 11/4
" " 400 . . . 700 . . . 11/4
" " 700 . . . 1000 . . . 13/4
" 1000 2

der steuerbaren Kapitalrente.

Ein Steuerpflichtiger, dessen steuerbare Kapitalrente nicht mehr als 1000 M. und dessen steuerbare Einkommen nicht mehr als 2000 M. beträgt, hat, wenn er von der Steuer nicht bestellt ist, die Hälfte der Steuer zu entrichten.

Ein Steuerpflichtiger, dessen steuerbare Kapitalrente nicht mehr als 3000 M. beträgt, hat drei Viertel der Steuer zu entrichten. Der Mindestbetrag der Steuer ist 50 M. Die Höchstgrenze des Kapitals durch Kapitalrentensteuer und Einkommenssteuer ist 6,51 Prozent. Das ist:

um 2,01 Prozent höher als in Elberfeld-Borbecken,
1,19 Bremer und
0,26—0,68 . . . Sachsen.

Als einen Fortschritt des Gesetzes darf man die weitreichende Verkürzung des Kapitalvermögens beim Erbgang bezeichnen.

Novelle zum Bankgesetz. Der Bundesrat hat den Bankgesetz zugestimmt. Die Novelle erhebt eine Verkürzung des Reisefonds der Reichsbank, die Erhöhung des Reisekostensteuerguts und die gleichzeitige Befreiung der Reichsbanknoten.

Alte politische Nachrichten. Die am Montag vor dem Reichstagnevaue von den Sozialdemokraten veranstalteten Wahlversammlungen haben doch zu Verstörungen geführt. Die Personen sind wegen groben Unfugs und Rücksichtslosigkeit verhaftet worden und werden dem Richter übergeben. Das Reichsgericht hat den Richter, daß es dem Kaiser gegeben sein möge, seine Autorität als Heerführer auch künftig nie anders als im Frieden zu führen.

Ein Steuerpflichtiger, dessen steuerbare Kapitalrente von 1000 M. und dessen steuerbare Einkommen von 2000 M. beträgt, hat, wenn er von der Steuer nicht bestellt ist, die Hälfte der Steuer zu entrichten.

Ein Steuerpflichtiger, dessen steuerbare Kapitalrente nicht mehr als 3000 M. beträgt, hat drei Viertel der Steuer zu entrichten. Der Mindestbetrag der Steuer ist 50 M. Die Höchstgrenze des Kapitals durch Kapitalrentensteuer und Einkommenssteuer ist 6,51 Prozent. Das ist:

um 2,01 Prozent höher als in Elberfeld-Borbecken,
1,19 Bremer und
0,26—0,68 . . . Sachsen.

Als einen Fortschritt des Gesetzes darf man die weitreichende Verkürzung des Kapitalvermögens beim Erbgang bezeichnen.

ungen gegen einen Geschwist, der einem tschechischen Polizeiamt befreit habe. Die Polizei erwiderte, dass mit entsprechendem Vorsatz ein und verhundert zahlreiche Personen. Um 11 Uhr nachts war die Ruhe noch nicht wieder hergestellt. Nach einer außerordentlichen Meldung ist die Krise in der Stellung Tittoni besetzt. Nach lebhaftem Dreiecksgefecht mit Bosnien und einer Ausweitung endlich zu Frieden gebracht. — Wie der Kölner Rep. am Sonntag berichtet, wurde mit Bosniens Hilfe mißglückt, wird die nächste Sitzung vorbereitet. — Einem Telegramm der Associated Press aus Wien folgte, dass drei Männer, die bei Serbien die Krieger aufnahmen, wegen Spionageverdachtes festgenommen.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Der Nationalitätenstreit.

Wien, 26. Januar. Abgeordnetenklausur. In der fortwährenden Versammlung über die Dringlichkeitsanträge betonten die Abgeordneten Součup und Dr. Steiner die Notwendigkeit der Schaffung eines nationalen Friedens, mindestens aber eines österreichisch-slowakischen und sozialpolitischen Reformen. Die Nationen und alle Parteien seien verpflichtet, für den nationalen Frieden zu arbeiten, nicht in getrennten Komitees, sondern offen im Kooperationskonsortium. — Freilich wird die Verhandlung fortgesetzt. Im Innern befinden sich weitere drei Dringlichkeitsanträge, darunter ein gleichzutatliches über den jüngsten Posten.

Wien, 26. Januar. Das Budgetausschuss des Abgeordnetenklausur erklärte der Ministerpräsident, da die anfänglich vorhandene günstige Stimmung für eine Sprachenkommission sei, eine Umstellung erfordere, habe sich die Regierung entschieden, Gesetzenvorlage über den Sprachgebrauch in den staatlichen Behörden in Südmähren sowie über die Organisation der politischen Verwaltung einzubringen. Solche werden auch der Weg geeignet werden, um auf den gegenwärtigen zwischen Schwierigkeiten herauszukommen.

Frankreich.

Der Nationalrat der französischen Partei

Am letzten Sonntag in Paris eine Vollversammlung ab. Der Sekretär des Nationalrats gab den Redenabbericht. Die letzten Wahlen in Frankreich und Gallois erforderten zu den besten Hoffnungen für das Land, in diesem Jahre bestehenden Ergebniswollen, die in Frankreich vorzunehmen sind. Die Partei werde sich hier überrollen lassen und sei auch nur, um ihre Stimmen zu zählen. Es wurde beschlossen, durch Subskriptionen einen Wahlkampf zu starten, damit es gelingt, jedem Wahlkreis von der Zentralstelle aus die Stimme von Frankreich zu übernehmen. Die Abgeordneten und die übrigen Redner der Partei wünschten sich für die Zeit der Wahlkampagne für die betreffenden Wahlkreise zur Verfügung zu halten. Der Nationalkongress, der diesmal schon älter und zwar in Saint-Etienne stattfindet, wird noch weiter zu Wahlen Stellung nehmen.

Über den finanziellen Stand der Humanität berichtet der Genossen Tardieu. Danach ist der Verlust auf 53190 gelegen. Die Humanität hat einen so schweren Stand, weil sie alle Unterstützungen von Konservativen und Liberalen verloren hat. Sie hat auch das Bulletin financier fern, obgleich dies durchaus einwandfrei ist, um jedes Missbrauches seiner Rechte zu verhindern.

Paris, 26. Januar. Der Vorstand ist seit gestern gewesen, die Einigkeit der Partei aufrecht zu erhalten. Bei den verschiedenen Erbauerneuerungen des französischen Sozialismus wurde ihm das nicht immer gemacht. Nach den Schlägen von Toulouse ist es innerhalb der Partei die volle Meinungsverschiedenheit in Fragen der Theorie- und der Praxis gegeben, aber die Parteilandes sollen doch Arbeit verhindern, die gegeben sind, die Einigkeit und die Einheit der Organisation verhindern. Das ist aber in Frankreich nicht geschehen. Dort wurde schließlich die Gründung von Organisationen gewünscht, die zu den freien Gemeinschaften in Opposition stehen. Der Vorstand hat dies durchsetzen wollen, aber es hat keine Antwort gegeben.

Paris, 26. Januar. Deputiertenklausur. Bei Bezug der Zulassungsteuer auf das gesamte Einkommen bestätigte die Demokratie, die Steuer, die den in Frankreich sich aufstellenden Ausländer neue Kosten aufwerfen, werde viele veranlassen, einen gesetzlichen Schutz in gewissen Teilen des Landes aufzugeben und betreffenden Kommunen ein Dilemma bringen.

Paris, 26. Januar. Deputiertenklausur. Bei Bezug der Zulassungsteuer auf das gesamte Einkommen bestätigte die Demokratie, die Steuer, die den in Frankreich sich aufstellenden Ausländer die nach Frankreich, die nach Deutschland und der Schweiz aufwanden, eine Steuer bezahlen, nicht bestimmt werden, wie die hier in Frage stehende, soll auf den Unten, Arago (radikal) stimmt. Danach ist man die Steuer, die in Frankreich die Geld lösen, nicht bestimmt. Arago (radikal) holt sich dem Vorredner an. Der Vorredner kauft los, den Wählern der Vorredner sollte Bedeutung zuordnen in der Weise, dass nur die Ausländer zu Zulassungsteuer gezwungen werden sollen, die jenseitig Zulassungsteuer bezahlen. Es ist möglich, wodurch Ausländer von ihrer Gewohnheit aufzufordern, abgedrängt werden könnten. Hierzu steht Zulassung des Regierungskomitees, der den Zulassung der Deputierten bestimmt, zu veranlassen. Dieser Antrag wurde nach Erörterung des Vorstandes und des Ministers abgelehnt.

Am Anfang des 20. Jahrhunderts...
Paris, 26. Januar. Deputiertenklausur. Am Anfang des 20. Jahrhunderts...
Paris, 26. Januar. Deputiertenklausur. Eine nach Tausenden zahlende Volksmeine erging sich im laufenden Proteststrahl gegen die Abwesenheit, die von den Behörden getroffen worden waren, und die die Anzahl der anwesenden Besucher verhinderte, die Einschränkung zu trennen. Weitere Personen verhinderten die Einschränkungen, die Besucher zu trennen. Besucherliche Verhinderungen müssen vorgenommen werden, nicht vor Widerstand durchsetzen. Demontage der Straßen und anderen Städte auf den Straßentrichen aus. Die Einschränkung erfolgte an ohne jeden Vorbehalt.

Ballan.

Die bulgarische Mobilisierung.

Kriegsstimmungen.

Sofia, 26. Januar. Die bulgarische Regierung hat heute abend in Verbindung mit dem Großfürst eine Note überreicht, in der sie die Erfüllung des Ministers des Innern bestimmt, dass die getroffenen militärischen Maßnahmen bestimmt werden. Die Regierung bestimmt, dass es sich bei Mobilisierung nur um die Erziehung kriegerischer Grenzpunkte zum Zweck der militärischen Belagerung handelt habe. Wegen der allgemeinen Kriegserklärung befürchtet man jedoch, dass ein kriegerischer Krieg mit der Türkei provoziert werden könnte. Heute soll die Bulgarische Armee mobilisiert werden. Die Truppen, die die Grenzpunkte bestimmt haben, erhielten Verstärkungen.

Roumäniopol, 26. Januar. Der hiesige montenegrinische Geschäftsbürokrat teilt heute, er habe in der Tat Tewfik-Pacha für einen gemeinsamen Krieg der Türkei mit Montenegro und Serbien gegen Österreich-Ungarn zu gewinnen verlust. Der Geschäftsbürokrat bestand aber auch, dass Tewfik-Pacha unter Hinweis auf die erste Einigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei ernstlich zum Frieden geraten habe.

Roumäniopol, 26. Januar. Auf der Poststelle verlautet, dass die österreichische Regierung den Protokollentwurf angenommen habe, der die ungarische Neutralität jedoch Schwierigkeiten mache, an der Bezahlung der Unabhängigkeit teilzunehmen. Das Protokoll befindet sich gegenwärtig in Budapest.

Wien, 26. Januar. Eine diplomatische Verhandlichkeit lagte dem Chefredakteur der Allgemeinen Zeitung, in Wien während man einen Krieg nicht, ist aber entschlossen, dieses letzte Mittel anzuwenden, wenn Serbien nicht baldigst einsteht.

Roumäniopol, 26. Januar. Aus Serbien werden neue Abschreibungen bei der Ankunft eines Diplomats der Osmanischen Gesandtschaft gelangt, dass die Regierung des Osmanischen Reichs und des englischen Konsuls, Frieden zu suchen und die Ausladung durchzuführen.

Persien.

Die Lage in Täbris.

London, 26. Januar. Aus Täbris liegen Berichte zweier Blätter, des Daily Chronicle und der Daily News, vor. Beide melden, dass die Angreife der Osmanen auf Täbris immer laufen würden. Die Stadt hat noch massenhafte Munition, auch genügend Vorräte von Fleisch, aber nur wenig Fleisch. Die Räte dauernd fort. Die Geschichte von der Einnahme von Täbris und der Einführung einer Zivilbevölkerung scheint dadurch entstanden zu sein, dass eine Zahl zwölflicher Kaufleute an die Tuma in Petersburg kamen, ihr Leben und Eigentum sei in Gefahr, wenn Russland nicht einspringe. Als darauf Sattar Khan, der Führer der Konstitutionen, die Russen batte, inzwischen ihr Leben gefährdet sei und inzwischen er es an Gott habe fallen lassen, halten sie absolut keine Rücksicht zu führen, aber sie antworten, der russische Kaiser habe sie zur Abwendung einer Revolte an die Tuma gezwungen. Auch der Korrespondent des Chronicle bestätigt die russischen Berichte über die Zustände in Täbris als aus der Wahrheit geprägt.

Petersburg, 26. Januar. Meldungen aus Teheran berichten, dass die Regierungskräfte, die gegen die aufständigen südlichen Provinzen einwanden, von den Revolutionären in einem Hinterhalt gestoppt wurden. Die Mehrzahl der Soldaten ist niedergemacht worden.

London, 26. Januar. Die Royalists von Malo, einer in der nordwestlichen Provinz Persiens belegenen Stadt, fingen, wie aus Täbris gemeldet wird, eine russische Karawane mit 200 Kamelen ab und griffen dann Täbris an. Die Reiter legten sich zur Wehr, rissen zehn von den Angreifern, nahmen ihnen die Karawane wieder ab und gaben sie den russischen Eigentümern zurück. Das Gouverneur von Täbris beschwert sich darüber, dass der vorläufige russische Kontingent, anstatt sich für dergleichen Duelle, die den Russen schon längst erwiesen worden sind, daran zu zeigen, den persischen Frontaltruppen die Eindrücke zur Errichtung von Barrikaden in dem in russischem Privatbesitz stehenden Dorf Giljarevo verweisen, obwohl er den Nationalisten den Barrikadenbau in der Nachbarschaft gestattet hat.

Die Fortbildung der Arbeiterversicherung in Deutschland.

Während die Notwendigkeit einer Reform der Arbeiterversicherung heute von keiner Seite mehr angezweifelt wird, herrscht doch über die Art und den materiellen Inhalt der Reformen unterschiedliche Meinung. Die Regierung ist von ihrem ursprünglichen Plan, die bei der vorliegenden Zweige der Versicherung einheitlich zu gestalten, Schritt für Schritt zurückgewichen. Aus dem Programm im Oktober vorigen Jahres abgeleiteten Konferenzen im Reichskomitee des Innern zu schließen, will die Regierung die Bürokratisierung der Arbeiterversicherung, die sie auf dem Gebiete der Invalidenversicherung so erfolgreich begonnen hat, bei Gelegenheit dieser Reform vervollständigen.

Die Vertreter der Versicherten sind diesem Programm der Regierung bereits deutlich und energisch entgeggetreten. Da wenn man den Neuerungen der Unternehmer und ihrer Organe trauen darf, so haben auch diese einen unüberwindlichen Widerstand vor einer Erweiterung des Reichsberichts der sozialen Bürokratie innerhalb der sozialen Sicherungsgesetzgebung. Selbst wenn jedoch, momentan im Hinblick auf das Ergebnis der oben erwähnten Konferenzen, die gegenwärtigen Rechte der Selbstverwaltung so geändert wären, wie sie es zu sein scheinen, so kann das der Arbeiterschaft keineswegs genügen. Die Praxis beweist vielmehr täglich auf neue, dass die Arbeiterversicherung, momentan die Unfall- und Invalidenversicherung, ohne eine erweiterte Teilnahme der Versicherten an der Verwaltung dieser Einrichtungen trotz aller Reformen der Regierung eine gesunde Fortentwicklung nicht erfahren würde.

Die Selbstverwaltung der Versicherten kann sich jedoch nur da auslagen, wo ihrem Betätigungsdrange nicht allzu enge Schranken durch eine reaktionäre und veraltete Gesetzgebung gegeben sind. Eine volkstümliche Reform müsste daher auch auf eine Erweiterung und Verbesserung der Leistungen der Arbeiterversicherung das Hauptgewicht legen. Davon scheint die Regierung jedoch noch weniger wissen zu wollen, als von einer Erweiterung der Selbstverwaltungsgesetzgebung.

Wie wenig die Regierung genutzt ist, freiwillig etwa eine Erhöhung des polnischen Invalidenrente zugestehen, beweist u. a. der Inhalt der Denkschrift, die von der Regierung zu der Frage der staatlichen Pensionsversicherung der Privatangestellten dem Reichstag vorgelegt wurde. Über den Gedanken eines Ausbaus der Leistungen des Invalidenversicherungsgesetzes von vorherhin im Reine zu erkennen, befürwortet die Regierung in dieser Denkschrift eine Sonderverfügung, die Angestellten außerhalb der Arbeiterversicherung, damit die von den Angestellten gewünschten höheren Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge ermöglicht werden.

Die nächste Zukunft wird jedoch der Regierung und den mit diesem Plan ebenfalls liegenden Vertretern beweisen, dass sich die Arbeiterschaft durch solche, offenbar recht staatsmännisch klug fühlende Sozialpolitik von ihren Forderungen nach materieller Ausgestaltung der Arbeiterversicherung nicht absagen lassen wird. Sie wird vielmehr die ihr angebotenen Berechtigungen zu würdigen wissen. Mit aller Energie müssen die Beamten gemachten Augenblicke für die Gefährtin der Arbeiterschaft (einschließlich der Privatangestellten) in Anspruch genommen werden.

Das Prinzip für die Einführung der Invalidenversicherung wie der Arbeiterversicherung überhaupt war definitiv nicht nur eine Verbesserung der Rentenfazilität, sondern die Arbeiterschaft sollte auch aufgerufen werden. Diese Aufgabe staatshaltender Politik wurde jedoch so mangelshaft erfüllt, dass die Arbeiterschaft durch die neue Versicherung nur noch unzufriedener wurde. Ramentlich die Möglichkeit der Invalidenrente beweist, wie gering die bestehende Klasse die Existenz des Arbeiters einschätzt. Im Jahre 1900 belief sich der Durchschnittswert der Invalidenrente auf 142,54 R. jährlich. 1907 war der Durchschnittswert auf 166,04 R. jährlich gestiegen. Diese Steigerung ist zunächst auf die längere Leistungsdauer des Gesetzes zurückzuführen. Dann aber auch auf die durch das Ansteigen der Löhne erfolgende Verkürzung einer höheren Beitragsstufe. Die durchschnittliche Höhe eines Wochenbeitrages betrug 1900: 22,85 Pf. und stieg bis zum Jahre 1908 auf 24,40 Pf. Während im Jahre 1900 von je 100 Wochenbeiträgen auf Klasse I

(bis 350 R. Jahresbeitrags) 18,00 Beiträge entfielen, waren im Jahre 1908 nur noch 12,7 Proz. der Beiträge auf Klasse I. Ebenso ist der Prozentsatz in Klasse II von 34,2 auf 29 gesunken, dagegen in Klasse III von 28,8 auf 24,4 Proz., in Klasse IV von 16,8 auf 18,3 Proz. und in Klasse V von 7,8 auf 15,6 Proz. gestiegen.

Haben aber schon die Lohnzuschüsse mit der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung nicht Schritt halten können, so ist die durch die Lohnzuschüsse erzielte Steigerung der Renten noch weit weniger ausreichend. Die indirekten Steuern sind in Deutschland seit dem Jahre 1878 von 10,82 R. auf 25,62 R. jährlich auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, angeleitet. Eine Familie mit vier Kindern hat daher etwa 158 R. jährlich an indirekten Steuern zu zahlen. Dieser indirekte Steuer kann der Arbeiter auch nicht ausweichen, wenn er invalide wird. Nach dem durchschnittlichen Wert der Invalidenrente bemessen, reicht also die Invalidenrente gerade hin, um einen invaliden Arbeiter und seine Familie von den indirekten Steuern zu befreien. Sein Wunder, wenn es nicht gelingen will, die Arbeiterschaft durch die Arbeiterversicherung zu schützen.

Die Erhöhung der Renten muss daher im Vordergrunde jeder Reform der Invalidenversicherung stehen. Ohne Rentenerhöhung keine Reform.

Ein anderer Faktor, der dem Arbeiter die Invalidenversicherung wertvoll erscheinen lassen könnte, ist das vorliegende Heilsverfahren. Krankheiten verhindern ist tatsächlich wertvoller als Krankheiten heilen. Im § 15 des Invalidenversicherungsgesetzes ist den Landesversicherungsanstalten die Befreiung eingeräumt, ein Heilsverfahren in dem ihnen geeignet erscheinenden Umfang einzuführen zu lassen. Aber wie oft machen die Landesversicherungsanstalten von ihren Bürgern keinen Gebrauch? Während der Kostenaufwand für das vorliegende Heilsverfahren sich im Jahre 1902 auf 251,92 R. und 1908 auf 263,88 R. pro Person belief, sank die Ausgaben hierfür seitdem beständig. Sie betrugen 1906 nur noch 249,10 R. pro Person. Entgegen wurden 1905 rund 16,8 Millionen Mark, 1907 dagegen nur noch rund 16,1 Mill. R. für das Heilsverfahren aufgewendet. Noch ehrgeiziger wie mit der Einleitung des Heilsverfahrens sind die Landesversicherungsanstalten mit der Bewilligung von Renten. Seit doch die Zahl der bewilligten Renten von 150 200 im Jahre 1903 auf 111 885 im Jahre 1908 herab!

Dabei ist nicht etwa Unzulänglichkeit der finanziellen Mittel die Ursache dieser Sparmaßnahmen. Das gehen die geradezu glänzenden Rechnungsergebnisse der Invalidenversicherung. Die Gesamtumschau sämtlicher Träger der Invalidenversicherung betrug 1907 nicht als 226 Mill. R. Das Gesamtvermögen belief sich 1900 auf 847 Mill. R. 1907 auf 1104 Mill. R. Der Ueberüberschuss des Jahres 1907 belief sich auf 85,5 Mill. R. Am Schluss des Jahres 1908 wird etwa rund 1½ Milliarde Mark an Vermögen angehäuft sein. Diese unglaubliche Akkumulation von Millionen und aber Millionen aus den Beiträgen der Arbeiter, während die Invaliden hunger leiden, das ist eines der traurigsten Kapitels unserer Sozialreform.

Die bürgerliche Verwaltung der Invalidenversicherung geht so vorsichtig in den Rahmen unserer preußisch-deutschen Regierungssmaxime, dass man es verstehen kann, wenn die Regierung nur sehr schwach wünscht, als die gesamte Arbeiterversicherung in dieses Schema hinzugezogen wird. Mit abhängigen, bürgerlichen Gehältern hofft sie besser auszukommen, als mit den rücksichtigen Beamten, die ihrerseits die bestreiten der Versicherten.

Die Arbeiterschaft muss diesen nahe vor der Beseitigung stehenden Verzerrungen der Regierung begegnen. Mit abhängigen, bürgerlichen Gehältern hofft sie besser auszukommen, als mit den rücksichtigen Beamten, die ihrerseits die bestreiten der Versicherten.

Die Arbeiterschaft muss diesen nahe vor der Beseitigung stehenden Verzerrungen der Regierung begegnen. Mit abhängigen, bürgerlichen Gehältern hofft sie besser auszukommen, als mit den rücksichtigen Beamten, die ihrerseits die bestreiten der Versicherten.

Soziales.

Zum Kriegsauflauf in Köln!

Der zum 1. Februar ausbrechende Kriegsaufstand dürfte einen großen Umgang anstreben, berichten bürgerliche Dienststellenbüros. Viele Tiere, die im April 1908 mit dem Kranenkassenverband neue Verträge abschlossen, wurden vom Schreibermarkt wegen Schreibermarktbruch verurteilt.

Wahlrechtsprozeß.

Gegen unseren Genossen Radetzky ist wegen der Vorwürfe am letzten Wahlrechtskongress ein hochnotpeinliches Verfahren eingeleitet worden. Er soll einen polizeilich nicht genehmigten Umzug geleitet haben und „Rädelsführer bei einem mit vereinten Kräften unternommenen tödlichen Angriff auf die Polizei“ in der Schloßstraße gewesen sein.

Wie die erste Vernehmung des Genossen D. ergab, soll sich die Anklage auf den Paragraphen 115 und 125 des Strafgelebuchs (I) und den Paragraphen 19 des Reichsvereinsgesetzes aufbauen.

Genoss D. hat dem die Untersuchung führenden Beamten bereits erklärt, dass jene Beschuldigungen auf völlig irriter Vorwürfungen beruhen.

Letzte Telegramme.

Ein Kriegsberichtskartei.

Darmstadt, 27. Januar. Das Kriegsgericht der 25. Division zu Darmstadt hat gestern ein Schreckenurteil gefällt. Neun Dragoner vom 24. Regiment wurden mit schweren Strafen belegt. Dragoner militärischer Aufmarsch und Schlagabteilung verurteilte das Kriegsgericht der Dragoner Becker zu 5 Jahren 3 Monaten, den Dragoner Krumb zu 5 Jahren 1 Monat, die Dragoner Höher und Laube zu je 5 Jahren Gefängnis, wegen Fahrlässigkeit und Gehorsamsverletzung, die Dragoner Gschäfthäuser und Wahl zu je 1 Jahr Gefängnis, den Dragoner Traub zu 10 Monaten Gefängnis, die Dragoner Platz und Lins zu je 6 Monaten Gefängnis. Das Vergehen des Aufmarsches hatte das Gericht darin gesehen, dass die neuen Dragoner, die nach 9 Uhr abends noch auf der Rosenstraße patrouillieren, den Befehl des dienstwürdigen Unteroffiziers, damit aufzuhören, nicht beachtet.

Englische Flottewrangen.

London, 26. Januar. Eine Blättermeldung zufolge wird die Admiralsität im kommenden Frühjahr eine Neuordnung der Seestreitkräfte in den britischen Gewässern vornehmen, die im wesentlichen auf eine Verstärkung der Kanalflotte und auf eine Verstärkung der Nordseestreitkräfte hinauskommt. Die Flottille macht in den Norden aus und die Kanalflotte wird zusammen mit dem Großkriegsschiff der Royal Navy zusammengelegt. Ein Ergebnis der beobachteten Veränderungen wird sein, dass die Schiffsabteilungen wieder die alte Größe und die alte Auslastung mit 12 500 und 20 500 Tonnen Schiffsabteilungen erhalten. Ferner soll unter dem Namen Nordflotte eine größere neue Flottille gebildet werden, die sich auf acht Schiffsabteilungen zu je 16 350 Tonnen und sechs Panzerkreuzern zu je

Sozial. Verein für den 6. Reichstags-Wahlkreis
Bezirk Plauen.

Freitag den 29. Januar 1909
 im großen Saale des Westendlochens

Theaterabend

mit darauffolgendem **BALL.**

Eintritt 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 3 Uhr.
 Karten hierzu sind bei den Zeitungshändlern sowie bei den bekannten Geschäften zu haben.
 Schriftliche Beteiligung der Mitglieder erwartet die Verwaltung.

6. Wahlkreis. Bezirk Potschappel.

Sonntag den 31. Januar 1909
 im Gasthof zu Wirkung

Familienabend

bekannt in

Janz und verschiedenen Überraschungen.

Anfang 5 Uhr.

Hierzu laden freundlich ein
 Der Vorstand.

Prießnitzbad (Waldschänke, Eingang Alzunplatz).
 Saal mit Theaterbühne.
 Sep. Vereinszimmer.

Naturheilverein im Plauenschen Grunde. (E. V.)

Freitag den 29. Januar, abends 8^{1/2} Uhr
 im Wagnerischen Gaffhof, Teuben

Großer Lichtbilder-Vortrag

von Herrn Schießleben König, Hannover, über:

Die Kleiderkünste der Frau und die Zukunftskleidung.

Vor. 25 M. Eintritt.

Sonntag den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr

im Restaurant zum Wald in Teuben

Haupt - Versammlung.

Trinkt

Dresdner
 Felsenkeller-
 Biere!

Masken - Garderobe für Herren und
 Damen, elegant
 und billig, zu verleihen.

„Zum Landsnecht“, Bornh. Unger, Trebbin
 Greiberger Straße 97, 1.

Sweater Strümpfe, Ärmel-
 westen billigst
 bei Leppin
 Torgauer Straße 40 u. Werner-
 strasse 40, Dresden.

200 Ztr. Kartoffeln

meistreich, à 90. 2,50 M., verkauf
 Markthalle Leipziger Str. 32,
 Trepte.

Welt-Theater

lebender und singender Photographien in höchster Vollendung.

Programme dieser Woche:

Scheffelstraße 21

Die letzten Tage von Pompeji.
 Ein Freundschaftsdienst (humoristisch).
 Eigenerleben (lustspiel).
 Spinn und Fliege (schreib).
 Paulchen und der Papagei (hum.).
 Odysseus eines Soldaten (Drama).

Singbild:

Boekbier-Fest
 Regisseur: Herr Böker.
 Am Klavier: Herr Alois.

Grausige Moritat.
 Regisseur: Herr Schauspiel. Pädler

Am Klavier: Herr Holzmeier.

Georg Hamann.

Achtung! Brot wieder billiger!

Wohlgeschmeckendes
Mühlen-Vollkern-Brot

4 Pfund 45 Pfennig.

Hervorragendes Landbrot

4 Pfund 42 und 44 gr.

Von 5 Stück an je 1 Pfennig billiger.

Molkerei Edelweiß

Zehiger Inhaber: O. W. Tögel,

Dresden-Völkau, Fesselbörser Straße 36.

Postkarten

mit eigener Photographie

4 Et. 1 M. 2 M. 1,80 M.

Kabinett-Photographien

Preis von 3 M. an.

Richard Jäning

Marienstraße 12.

Musik - Instrumente
 aller Art

kauft, faustet

und repariert

nur Siegstraße 13

Otto Friedel 13

Eckhaus Steinstraße.

Modernstes Waschmittel

Ozonit

gibt nach halbstündigem Kochen blendend weisse Wäsche

Hergestellt in den Fabriken von Dr. Thompsons Seifenpulver G. m. b. H. Düsseldorf a. Rh.

Baptist Binder's

Klopferfäge-Buchhandlung
 Dresden-Völkau, Wernerstr. 36, II.

empfiehlt sich zur Annahme von Abonnements sowie Annoncen
 jeder Art für die Dresdner Volkszeitung und nimmt Bestellungen
 auf sämtliche Partie-literatur und sonstige Zeitschriften entgegen.



: Deutsches :
 Reichspatent

Waggon fr. Fisch

Ist an vorzüglicher Qualität besonders zu empfehlen:

Grosse grüne Heringe

5 Pf. 100 Gr.; für auswärt. bei mind. 50 Pf. à 17 Pf.
 Postfondi 200 Pf. Druck-Rillen von etwa 2 Gr. 21 Pf.

Schellfisch, „Helg.“

Backfische

Seelachs, „Helg.“

ohne Röpf, nur Fleisch in Filzen

Knurrhahn

für auswärt. bei mind. 50 Pf. à 22 Pf. Postfondi 275 Pf.

Angelsehlfisch

in lebendir. Formen... 32 Pf.

für auswärt. bei mind. 50 Pf. à 27 Pf. Postfondi 325 Pf.

Prachtvoller, lebensfrischer

Seehecht, in Filzen bis zu 3 Pf.

für auswärt. bei mind. 10 Pf. à 30 Pf. Postfondi 350 Pf.

Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis!

Versand prompt gegen Nachnahme.

**Dresdner
 Felsenkeller-
 Pilsner**

in Flaschen, sehr wohlschmeckend
 und gut bekommlich,
 empfiehlt

Eberlbräu-Hauptdepot

Dresden, Bönischplatz II.

Fernsprecher 3257.

Verkaufsstellen in allen Straßen.

Naturheilverein Radeberg,

Wittstock den 27. Januar

Herrn - Haupt - Badeabend.

Radeberg. Metropol-Theater

lebender Photographien in höchster

Vollendung. Oberstr. 10.

Programm vom 21. Jan. bis 1. Feb.

Endspiel eines Hildermädchen (trram.).

Im Kleiderkram (hum.). Dorfbüder (altwiss.). Der dorfliche Reger (dram.). Schumann das Werbefleisch gegeben (humorist.). Schubengel des Kindes (trram.). Das Singt nicht jeder (ff. literar.). Das außerordentlich ausweitungsbreite Programm wird für sich feiern.

Sofie-Musikschule Eugen Berkert.

Billige Kaufgelegenheit

in g. beredt. gekt. wie a. neuen H-

und D-Kleidern, Schuhen, Feber-

betten, Kinderkleid. u. a. i. Verleihen.

10 Gr. Brüdergasse 10, 2.

Für ALLE ARBEITER

Reparaturanstalt

vom Ulrich-Schuhmacher

ALFRED MÜLLER

Rosenstraße 40

Foto: 12

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 21.

Dresden, Mittwoch den 27. Januar 1909.

20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Schlussrede.

Bei den Schlusserörterlichkeiten, mit denen die diesjährige Landtagssession am Dienstag nachmittag offiziell beendet erschien wurde, verlas der König eine sogenannte Sonnrede, aus der wir das wesentlichste wiedergeben. Nach den üblichen Dankesäußerungen heißt es darin:

Bei der Vertretung des Volkes die rechten Wege zu gehen, ist eine überaus wichtige Aufgabe gewesen, und wenn der Klang der Erbahnungen Mich zehn Jahre von der Sorge erfüllt haben soll, dass diese wichtige und das Land tief bewegende Vorlage der zu Ende gehenden Session unerledigt bleiben werde, so hoffe ich, nachdem die schriftliche Übereinstimmung erzielt worden ist, um so zufriedener, dass Meine bei der Eröffnung des Landtags aufgestellten Absichten durch Ihre Beschlüsse sich verwirklichen und in einem Volle volles Verständnis und Zustimmung gefunden werden.

Den schweren sozialen Schäden, welche Verkümmelung an der Jugend zur Folge haben müssen, durch eine ernste und ehrige Fortschrittsarbeit entspanntreiten, haben Sie eine Regierung durch die Annahme des daraus resultierenden Gesetzes den Stand gezeigt. Eine strenge, aber wohlmeintende Fürsorge wird, so hoffe, die gefährlichen Teile der Jugend auf den rechten Weg leiten wollen und damit zum Wohle Meines Volkes wirken, denn der Zukunft unsre Angst beruhigt auch die bleibende Größe und Stabilität unseres Vaterlandes.

Die neuen Vorrichtungen über Forst- und Feldstrafrecht richten die Mängel, die dem geltenden Rechte anhaften, beseitigen und die Regelung woffen, welche sich den allgemeinen strafrechtlichen Grundzügen besser anpasst und den Bedürfnissen der Land- und Forstwirtschaft in höherem Maße gerecht werden wird als bisher.

Die Novelle zum Vergleichsgesetz, durch die viele Wünsche der Bürgermeister werden erfüllt werden, wird, wie Ich hoffe, dazu beitragen, auf diesem wichtigen Gebiete unseres Erwerbslebens den sozialen Frieden zu fördern.

Die Betriebsregung erhält es Wünsch, doch es noch schwierigeren Verhandlungen gelingen soll, auch die Neuordnung des Wajjierrechtes im Ende zu bringen. Ich gebe Wünsch der Hoffnung hin, dass das nun vereinigte Reich über diesen Gegenstand bei seiner Durchsetzung in der Praxis allen gerechtsamsten Wünschen der Industrie und des Landwirtschschafts, wie auch den wichtigen Interessen der Allgemeindienstlichkeit kein wird.

Wein bei Eröffnung des Landtages ausgetrockneter Mund, Reform des Kirchen- und Schulwesens unter Bezeichnung der Heranziehung des in den Händen Unterhöldubins befindlichen Grundbesitzes zu den Kirchenanlagen der konfessionellen Mehrheit zu geben, und gleichzeitig durch eine festere Ordnung des kirchlichen Gemeindevertrittes im ökumenischen Rahmen für die lebensblähnende Kultivierung der Finanzverfassung der evangelisch-lutherischen Landeskirche zu machen, hat sich infolge der außergewöhnlichen Belastung geschiedenen Überlasten bedauerlicherweise nicht vermöglchen können. Die Weimarer Regierung behält sich vor, auf die vorgeschlagene Regelung zurückzutreten.

Auf dem Gebiete des Unterrichtswesens ist Ihre Tätigkeit diesmal besonders weit in Anspruch genommen worden.

Infolge der Genehmigung erheblicher Wünsch darf unsere Landesregierung die wiedigen Begehung der feierlichen Jubiläe ihres fünfzigjährigen Bestehens unter Weimars warmen Anteilnahme in weniger Tagen entgegen.

Das höhere Schulwesen Meines Landes hat durch die Erweiterung Oberrealschulen unter die höheren Unterrichtsanstalten eine bedeutende Weiterbildung erhalten.

Für die höhere Bildung des weiblichen Geschlechtes, zur Förderung in einer den Anforderungen der Gelehrten entsprechenden Weise Weimars Regierung am Herzen liegt, ist eine umfassende Regelung in Vorbereitung.

Auf dem wichtigen Gebiete des Volksschulwesens ist nach vorliegenden Maßnahmen der vielleicht angeregtesten, auch von einer Regierung als wünschenswert anerkannten Reform vorhinken vorzubereiten.

Von der aufopfernden Tätigkeit beider Räte kann ich, obwohl sie viele wichtige Vorlagen bereits hohe Anforderungen an die Meinung der Staatsräte stellte, in dieser Sitzung keine Reform des sozialen und der Wohnungsgesellschafts zu jüngster Zeit ein, durch welche die Bezieher der staatlichen Beamten, der Gelehrten und der Lehrer oder Unterrichtskräfte einen den erzielten Lebensbedingungen entsprechende Regulierung erhalten haben.

Zudem ist die wirtschaftliche Lage der im Ruhestand befindlichen Staatsdiener und ihrer Witwen und Waisen verbessert und das Einkommen des Diploms und der in den Staatsämtern beschäftigten Arbeiter erhöht worden.

Ich durch diese Maßnahmen, die sich freilich nicht ohne die vor dem bewilligten Fortdauer des erblichen Einkommens zu vertragen und ohne die Steuerregelung des Stempelsteuer zu verhindern ließen, allen billigen und gerechten Wünschen Rechnung tragen, so möchte ich nicht unterschreiten, den Wunsch anzufügen,

daß vorliegende Maßnahmen der persönlichen Kosten zu einem gewissen Zeitpunkt zum Abschluß gekommen seien. Es wird die Weimarer Regierung sein, mit allem Nachdruck dem von Ihnenstellten Antrage nachzugehen, Wünsch und Wege zu suchen, wie durch Einladungen in die Organisation und im Berlach eine wohltätige Regelung an persönlichen Aufgaben erzielt werden kann. In dieser vorliegenden erachtet ich es unerlässlich, als der von Ihnen getragene Fazit für die Periode 1908/09 — abgesehen von der Seisung der Feierlichkeiten, der Personen und der Ehre — der Staats- für eine Angabe neuer bedeutender Ausgaben unterlegt, während sich folge des jetzt bemerkbaren wirtschaftlichen Rückgangs keine günstigen Aussichten für den Abschluß dieser Periode eröffnen.

Angesichts dieser Entwicklung wird die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte der Periode 1910/11 — das steht heute von neuem — manchen Schwierigkeiten begegnen.

Die Lösung der Finanzen des Reiches ist noch geradezu eine Leidenschaft für unseres Vaterland gesetzten, und der Landtag bis zum Freitagabend bis in erster Arbeit von neuem zu bestreiten, eine endgültige Regelung herbeizuführen. Ein Schiedsgericht ist in nationales Ungleichgewicht von überreicher Kapazität. Ich hoffe mit Weimars Regierung, daß es trotz der außergewöhnlichen Widerstände, die sich der Entscheid des angeklagten Rechtes entgegenstellen, gelingen wird, in einer Achtstundung zu gelingen, welche die Leistung des Landtages auf die Dauer sicherstellt, ohne durch die Wohl der Landesregierung die Erfahrung zu breitreden, welche Wir und Weimars über uns, Weimars Söhnen und Weimars Lands innerhalb des Reiches zu den Sandalen der Riedeversetzung zu kommen.

So lassen Sie mich dann von Ihnen mit dem Wunsche übernehmen, doch weiter gemeinsames, auf die Wohlfrucht unserer Sachen und gerichteten Streben von dem glücklichen Segen der Zeit ein.

Die Thronrede bringt, wie nicht anders zu erwarten war, lediglich eine Übersicht von den verabschiedeten Gesetzen, die vom Regierungshandpunkt aus kurz in der öffentlichen Presse beleuchtet werden. Wollte man davon Kritik abnehmen, müßte

alles das wiederholt werden, was in zahlreichen Artikeln bereits gegen die einzelnen Vorlagen geltend gemacht worden ist. Somit eine kurze umfassende Beleuchtung der Landtagssergebnisse erforderlich ist, erfolgt dies heute an letzter Stelle unseres Blattes. Gewiss ist sel nur noch, daß die Auslassungen über die Wahlrechtsreform viel zurückhaltender lauten, als es sonst von Regierungspartei zu hören war. Offenbar hat die lezte Wahlrechtsdemonstration auch im Ministerium die Erkenntnis gezeigt, daß mit einem solchen Pluralwahlrecht Befriedigkeit nicht hervorgerufen werden kann. Derartige Thronreden werden wohl vom König verlesen, aber nicht von ihm verfaßt. Sie sind Kollektivarbeit des Ministeriums. Deutlich ist aus der vorliegenden der Beitrag des Finanzministers zu erkennen, es sind die zwei vorliegenden Schriften. Er hat die Quintessenz vieler seiner Landtagsschriften gegeben. Der deutliche Wind mit dem Raunzschall an die Beamten, daß es nun auf lange hinaus keine Zugaben mehr gibt, und das Lamento über das Reichsschulfinanzierung sind ganz Bürgers Art. Bemerkenswert ist aber doch, daß das Geschäftsviertertum und der König offiziell befürworten, daß es mit den Gehaltsabnahmen nun ein Ende haben soll und der Druck der Reichsschuldenpolitik auf die Staatsfinanzen unerträglich wird. Im übrigen begnügen wir uns an dieser Stelle damit, die offizielle Schlussrede ohne weiteren Kommentar wiedergeben.

Nadelstichpolitik.

Seit der Allgemeine städtische Turnverein in Pegau aus der deutschen Turnerschaft ausgetreten ist, muß er den Kampf gegen vielerlei behördliche Maßnahmen führen, z. B. gegen zahlreiche Strafmandate, die Kündigung der städtischen Turnhalle und gegen die eisigen behördlichen Versuche, mit Hilfe des Stadts dem Verein das Lebenslicht auszublößen. Der Verein hat nämlich die Rechte einer juristischen Person, die ihm vom Landgericht Leipzig entzogen worden sind wegen angeblicher politischer Verfeindung. Doch das Oberlandesgericht warf das Leipziger Urteil über den Haufen. Nun hat der Verein einen Turnplatz verkauft und bezlossen, der freien Turnerschaft Pegau 1000 M. zum Bau einer Turnhalle zu geben. Das Amtsgericht Pegau verweigerte jedoch die notwendige Eintragung des Hauses bei Verkauf und der Stadtrat verweigerte die Auszahlung der 1000 M. von dem bei der Sparkasse angelegten Vereinsvermögen. Durch eine Beschwerde wurde das Amtsgericht veranlaßt, die Eintragung zu vollziehen; doch auch der Stadtrat den länger zieht mit seiner geradezu unglaublichen Weigerung, ist gar nicht zweckhaft, denn der Verein hat seine alten Rechte wieder und die 1000 M. sind in einer Satzungsgemäß gültigen Generalversammlung bewilligt worden. Aber derweil hält der Stadtrat einfach den Dammen auf den Sparkassenkonten des Vereins, und der Stadtrat verweigerte die Auszahlung der 1000 M. von dem bei der Sparkasse angelegten Vereinsvermögen. Durch eine Beschwerde wurde das Amtsgericht veranlaßt, die Eintragung zu vollziehen; doch auch der Stadtrat den länger zieht mit seiner geradezu unglaublichen Weigerung, ist gar nicht zweckhaft, denn der Verein hat seine alten Rechte wieder und die 1000 M. sind in einer Satzungsgemäß gültigen Generalversammlung bewilligt worden. Aber derweil hält der Stadtrat einfach den Dammen auf den Sparkassenkonten des Vereins, und der Stadtrat verweigerte die Auszahlung der 1000 M. von dem bei der Sparkasse angelegten Vereinsvermögen.

Eisenbahnbau.

Aus dem von der Finanzdeputation B der Zweiten Kammer beröffentlichten Schlussbericht über die Eisenbahn-Bauten, die dem Landtage in der Statutesse 1907/08 vorlagen, geht hervor, daß sich zurzeit folgende bereits genehmigten Linien im Bau befinden: Großs.-Pegau mit einer Länge von 14,4 Kilometer; Siebenbrunn—Markneukirchen mit 3,2 Kilometer; Thum-Meinersdorf mit 12,9 Kilometer; Wildenau—Görlitz mit 62,4 Kilometer. Im gegenwärtigen Landtag wurde der Bau folgender Linien genehmigt: (Sachsen) Wöhlen—Rötha—Eppendorf mit einer Länge von 12,2 Kilometer; Dresden—Kloster (elektrisch) mit 8,7 Kilometer; Oberplanitz—Niederplanitz mit 1,3 Kilometer; Schleinitzsoldau mit 8,6 Kilometer und Görlitz-Städte—Treibelen—Pauschwitz mit 8,8 Kilometer. Die im Bau befindlichen Linien sind zusammen 22,9 Kilometer, die genehmigten Linien 29,1 Kilometer lang. Zur Erbauung der weiteren Linien und Fortsetzung solcher sind zusammen 1080,3 Kilometer Eisenbahnen, elektrische Bahnen und Industriegleise zu erbauern geplant; von diesen wurden 12 Linien und Teilstrecken mit zusammen 207,7 Kilometer der Staatsregierung zur Einwaltung und 21 Linien und Projekte mit zusammen 103,8 Kilometer zur Kenntnisnahme übergeben. 156,1 Kilometer wurden zurzeit und 582,0 Kilometer ganz auf sich zu bringen gelassen. Bemerkenswert ist die Stellungnahme der Finanzdeputation A zu den vom Finanzministerium aufgestellten neuen Grundsätzen über den Bau von Nebenbahnen bezüglich der Abtreibung von Grund und Boden zum Eisenbahnbau. Die Deputation sagt, daß sie gegen die Durchführung dieser Grundsätze, wenn sie auch gegen diejenigen der Vergleichshäfen als nicht hart bezeichnet werden müssen, doch insofern Bedenken habe, als sie, nachdem so viel unrentable und schwach rentable Bahnen in Sachsen gebaut worden sind, bei deren man solche Forderungen nicht gestellt hat, die nun noch rückständigen Landesteile immerhin schwer belasten.

Die Freisinnigen und die Landtagswahl.

Der geschäftsführende Ausschuß der Freisinnigen Volkspartei in Sachsen hielt am Montag in Dresden eine Sitzung ab, die sich mit den in diesem Jahre noch vorstehenden Landtagswahlen befaßte. Nach eingehender Beratung wurde beschlossen, nach 18 länderlichen und 8 ländlichen Wahlkreisen mit selbstständigen Kandidaturen vorzugehen. Es sollen also insgesamt 28 freisinnige Volksparteimitglieder aufgestellt werden.

Bittau. Weil er grundlos den Vorwurf pflichtwidriger Zulassung der Umsiedlung erhoben haben soll, hat die Staatswirtschaft im öffentlichen Interesse Anklage gegen den Genossen Heinrich Schmitt als verantwortlichen Redakteur der Bittauer Volkszeitung erhoben. Die Bittauer Volkszeitung hatte am 19. November über Gerüchte berichtet, wonach in Weizenberg der Typus ausgebrotchen sei. Es wurde gezeigt, es seien schon einige Todesfälle vorgekommen und von der Behörde wurde Auflösung verlangt. Einige Tage später drogte wiederum ein solches Gerücht an die Öffentlichkeit und am 2. Dezember wurde endlich berichtet, daß vier Typusfälle mit tödlichem Ausgang zu vermelden seien. Auf diese Mitteilung wurde in der Volkszeitung die Bemerkung gemacht, daß die erfordehrlichen Maßnahmen des Reiches erst ergriffen worden seien, nachdem die Volkszeitung energisch darauf aufmerksam gemacht habe. Die Umtschlagsmannschaft Löbau hörte daraufhin den Volkszeitung eine Verjährung, die auch vollständig aufgenommen wurde. Jetzt wird trotzdem Anklage wegen Verleumdung erhoben und zwar fühlt sich nicht nur die Umtschlagsmannschaft Löbau, sondern auch der Bürgermeister Zeugsp. Weizenberg und Bezirkssarzt Dr. v. Stieglitz-Löbau beleidigt.

Chemnitz. Wegen Beihilfe zur versuchten Mötigung war Dr. Voeller, der Vorsitzende der Ortsgruppe des Reichsbundes, zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er das Konzept eines Briefes geschrieben hatte, den dann der

Komplize des Amandus Schubert, Nabe, an den Vertrauensarzt der von ihnen verleumdeten Ortsfrankenkasse, Dr. Kroebert, schrieb. Nabe ist deshalb mit verurteilt worden. Dr. Voeller legte Berufung gegen das schöffengerichtliche Urteil ein. Diese wurde aber nach längerer Verhandlung verworfen. Auch das Landgericht erachtete Dr. Voeller schuldig und trat in seinem wettentlichen Berufungsfall bei. Es bleibt also bei der Geldstrafe von 200 M. — In der Verhandlung wurde wieder das Bild des dreigelenigen Verhältnisses entblößt, in dem Dr. Voeller zu dem wegen Erpressung zu hoher Gefängnisstrafe verurteilten Proschürenherausgeber Amandus Schubert stand. Das weitere wurde von neuem bestätigt, doch auch der Vertrauensarzt der Gemeinsamen Ortsfrankenkasse, Dr. Kroebert, ebenso hinter dem Rücken des Kassenvorstandes gegen diesen mit Eingaben an die Oberbehörden intrigiert hat wie Dr. Voeller.

Keine Nachrichten aus dem Lande. In Neukölln bei Berlin hat sich, wie erst jetzt bekannt wird, am Sonntag abend eine Tragödie abgespielt. Zwei Schwestern vergifteten sich mit Phospor. In der Hauptstraße wohnten im Hause Nr. 79 lange Jahre drei Geschwister hennig; ein Bruder und zwei Schwestern. Sie waren unverheiratet geblieben und standen im Hause, Sonderlinge zu sein. Im Oktober d. J. starb der Bruder. Aus Schmerz darüber sind die Schwestern anscheinend in den Tod gegangen. — In Wöbbelin bei Großenhain brannten am Sonntag nachmittag die Wohngebäude, Scheune und Stallungen des Wirtschaftsbürohofs August Hölzel bis auf die Umfassungsmauern nieder. Der vierjährige Sohn Hölzels hatte in der Scheune mit Streichholzchen gespielt und so das Feuer verursacht. Der Knabe fühlte dabei seinen Tod und wurde am Montag nachmittag völlig verkrümmt unter den Trümmern herabgezogen. Dieser Tag stand man in Olbernhau den im Ganggebäude des Amalienhofs wohnenden Wärter Hölzel blutüberström am Eingange des Gebäudes liegen. Wie sich herausstellte, hatte Hölzel auf seinem Rundgang die Türe offen gehalten und war eingetreten. Da diesem Augenblick wurden mehrere Schüsse auf ihn abgefeuert. Hölzel ist schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Von dem Täter, der es zweifellos auf Rache abgesehen hatte, fehlt jede Spur. — Drei Kundenfeuer beschäftigten sich bei Olbernhau mit einer gefundenen Patrone. Um das Geschütz zur Explosion zu bringen, ließen sie einen Wagen darüber fahren. Doch als dadurch die Patrone nur zerrissen wurde, stürzte sie der Kundenfeuer Hämper an. Die gewaltige Flammen schlug Hämper verängt ins Gesicht, daß er seinen Helmzinn mit dem Berliner Wappen abriss und büßen müssen. — Die Brandstifter, die am 2. Weihnachtsfeiertag das Brüderliche Bauernhaus im benachbarten Trieb bei Hallenstein angründeten, sind ermittelt worden. Diese, namens Bürgel aus Elsfeld und Wilhelm Contadi aus Weisenbach, haben im Auftrage des Wächters Moltzsch und dessen Chefrau, die die Scheune und das Haus vorher mit Benzin und Öl getränkt hatten, gehandelt. Heute sind alle vier Personen verhaftet worden. — Eine Strafsache, die sich mit dem tödlichen Tod des Dienstmädchen Emma Heine in Leipzig befaßt wird, deren geschüchtert Leidnam bekanntlich in der Pleite gefunden wurde, beginnt am 3. Februar d. J. vor dem Leipziger Schwurgericht. In diesem Prozeß sind folgende Personen angeklagt: die Eislachschefrau Bohnann wegen Abtreibung, Beihilfe zum Abtreibungsversuch, fahrlässiger Tötung und gemeinschaftlicher Übertretung, die Arbeiterin Baum wegen Abtreibung und Aufforderung zu diesem Verbrechen, der Geschäftsführer Eislach und der Sekretär wegen Aufstellung zur Abtreibung, die Schlosserfrau Poer und das Dienstmädchen Heine, die Schwester der ermordeten, wegen Beihilfe zum Abtreibungsversuch, der Eislachschefrau Lohmann wegen Aufforderung zum Verbrechen und gemeinschaftlicher Übertretung.

Stadt-Chronik.

Gemeindevertreterkonferenz.

Am Sonntag fand von vormittags 10½ Uhr an im kleinen Volkshaus eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im 6. Jäckischischen Reichstagssaal statt, an der 146 von insgesamt 175 im Kreise ausmündenden Gemeindevertretern teilnahmen. Außerdem waren vier Vorstandsmitglieder vertreten.

Als erster Punkt stand das Lehrerbefreiungsgegesetz zur Beratung. Genoss Fechner referierte. Er erörterte das Bündelkomponen des Gesetzes und wies darauf hin, daß der Landtag in seinen Beschlüssen wesentlich über die Vorschläge der Regierung hinausgegangen ist. An der Hand des Gesetzes wies Referent auf die Aenderungen hin, die für die Lehrer, Gemeinden und den Staat in Betracht kommen. Nicht zu billigen sei es, daß die neuen Posten größtenteils den Gemeinden aufgeht würden. Die sozialdemokratischen Vertreter bringen den Forderungen der Lehrer Verständnis entgegen. Allerdings haben sie bei Beratung dieser Fragen zu beachten, daß die Forderungen nicht auf Kosten der unteren Gemeindebeamten und Arbeiter bewilligt würden. Vor allem müsse dahin gestrebt werden, die beständige Klasse zu höheren Posten heranzuziehen.

Die Debatte war sehr lebhaft. Vor allem wurde Alope darüber geführt, daß in vielen Fällen die Lehrer in den Gemeinderäten sich für eine schwärmere Heranziehung der Reichen zu dem Volkschulosten nicht bereit finden. Viele kleine Gemeinden würden außerordentlich stark belastet. Vereinzelt wurde die Meinung vertreten, man solle den Lehrerlein allzu großes Entgegenkommen zeigen. Bei allen Posten seien sie untere schwärmende Segner. In einem Falle sei sogar die Wahl eines Sozialdemokraten in den Schulvorstand vom Schulleiter angefochten. Oft hätten die Lehrer auch nur Selbstinteresse und wenig Interesse an einer guten Bildung der Kinder. Das zeige sich vor allem in ihrer lauen Haltung in der Frage der Trennung der Schule von der Kirche.

Vom Referenten und auch von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß wir uns in unserer Stellung nicht davon leiten lassen dürfen, daß wir politische Gegner vor uns haben, sondern daß wir den Grundzus festhalten müssen: Für gerechte Arbeit gerechte Lohn. Es sei zwar bedauerlich, daß viele Lehrer die Sozialdemokratie, die energischste Förderin der Ideellen Interessen der Volkschule und der materiellen Interessen des Lehrerstandes, bekämpfen, aber diese bedauerliche Tatsache dürfte uns nicht beeinflussen, in der Gehälterfrage. Am übrigen wurde darauf hingewiesen, daß bei der Entscheidung über die Forderung der Lehrer die örtlichen Verhältnisse wie auch die Art der Ausbringung der Mittel berücksichtigt werden müssen.

Nach Erledigung des ersten Punktes teilte Genoss Schramm an mit, daß vom Gewerkschaftsfortell Pfauenher

Deutscher Reichstag.

191. Sitzung. Dienstag 26. Januar nachm. 1 Uhr.
Am Sonntagsabend: v. Beihmann-Hollweg, Dernburg, Ritterstraße.

Auf der Tagesordnung steht die erste Veratung des Entwurfes betreffend Völkerverträge mit überseeischen Ländern. (Der Entwurf will den Reichstagsangestammten, dem Norddeutschen Lloyd für die vierzehnmonatige Verbindung des Schiffsgebietes Neu-Guinea mit Hongkong und Aufstellung eines weiter eingerichteten Anschlusslinie nunmehr 600 000 Mark anstatt 250 000 Mark zu bekräftigen.)

Staatssekretär v. Beihmann-Hollweg erklärt, daß der Lloyd den Nachweis geführt hat, daß er ohne die erhöhte Subvention den Vertrag nicht aufrecht erhalten kann. Das wäre ein schwerer Schlag gegen das ausblühende Schifffahrtswerk, also Sparfahrt am unbedeckten Meer.

Abg. Dr. Templer (sozial.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde und beantragt Verweisung an die Budgetkommission. Die Subvention bedeute keine Unterstützung der Reederei, sondern sei vielmehr, damit die deutsche Flagge in der Südsee überhaupt erscheinen könne.

Abg. Dr. Hahn (soz.) schließt sich dem Vorredner an. Redner steht auf den Partikularausgaben Darmstads, weil er nebenbei persönlich ein Abgeordneter sei. (Ironische Burfe: Nebenbei? Heiterkeit.)

Abg. Erzberger (Bente): Wir haben nur zu untersuchen, ob Gestaltung und Begrenzung im richtigen Verhältnis stehen. Die Geschäfte des Lloyd kommen für uns nicht in Frage. In der Kommission werden wir auch prüfen müssen, ob der Aufschub von 350 000 Mark, den Neu-Guinea trotz der Subvention noch erhalten soll, gezeigert ist. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Hormann (soz. Volksp.): Wir sind keine Kolonialhändler, aber wir hoffen, daß die dort angelegten Kapitäle sich noch einmal rentieren. Lediglich Reichsinteresse, nicht die Geschäfte der Dampfschiffe sind maßgebend für uns. Doch kann es nicht im Interesse des Reichs liegen, wenn die deutsche Flagge aus der Südsee verschwindet. Mit der Verweisung an die Budgetkommission sind wir einverstanden.

Staatssekretär Dernburg: Würde Neu-Guinea vom Weltmarkt abgeschnitten, so wäre das für dieses Schiffsgebiet geradezu verheerlich, deshalb freue ich mich über die Stellungnahme der Vorredner. Es handelt sich nicht um die Interessen des Lloyd, sondern um die Interessen der Deutschen in jenen Gegendern. (Abstimmung v. d. R. auf d. R.)

Abg. Roske (Soz.): Der Reichstag hat zweimal Resolutionen angenommen, in denen verlangt wird, daß das Reich nur an solchen Arbeitern vergibt, die sich in ihren Arbeitsbedingungen an die gesetzlichen Vorschriften und bestehenden Tarife halten. Der Norddeutsche Lloyd aber mißachtet die Reichsvorschriften, soweit sie sich auf eine Arbeiter beziehen. Er tritt ihr wichtigstes Recht neben dem Wahlrecht, das Koalitionsrecht, mit Süßen. (Zustimmung v. d. Soz.) Das Maschinenpersonal muss sich verpflichten, dem Seemannsverband einer der ehemaligen gezeichneten Verbände nicht anzugehören. Das ist in großer Weise gegen die guten Sitten. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Der Norddeutsche Lloyd hat gelbe Vereine gegründet und er bestreitet zum Zwecke der Erfahrung zum großen Teil farbige Mannschaft. (Götter hört! v. d. Soz.) Die Annahme der Farben beruht höchst auf der Profitsucht der Unternehmer. (Sehr wahr! v. d. Soz.) In dem vorliegenden Vertrage ist auf die Interessen des deutschen Kapitals jede Rücksicht genommen. Die Schiffe sollen nur deutsches Personal gebrauchen, und es sollen nur deutsche Kosten verrechnet werden. Die Interessen der deutschen Arbeiter aber sind mit keinem Wort wahrgenommen.

Der Vorwurf wird als ungern und aperte Farbige richtig weitergeworfen, weil sie billiger sind als deutsche Arbeiter. Man wird von immer von dem Schutz nationaler Arbeit. Da sollte man auch gegen diese Lohnhöchstgrenzen durch farbige Heizer wenden. Eine in uns in diesem Sinne krankhafte Resolution wird dem Haushaltsgesetz geben, etwas für den wirklichen Schutz der deutschen Arbeiter zu tun.

Die Regierung beweist mit dieser Vorlage eine außerordentlich billige, aber sie bringt nichts Neues dafür vor. Es fehlt jeder Nachweis, daß nennenswerte deutsche Interessen in Frage kommen. Der Weg Hermann berichtet von einem Verlust des Lloyd bei dieser Linie von 4 Millionen. Aber der eigene Generaldirektor des Lloyd hat jedoch, was müsse den bis dahinigen Rückgang nicht tragisch nehmen. Die Ecke folgt die Flut. — Natürlich kommt aber die Flut nur auf Aktionären zugute. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Diese Vorlage muss als eine kolonialpolitische bewilligt werden. Die alten Farben, die in dem Motto aufgestellt sind, weisen auf die Kolonialherrschaft des Herrn Dernburg hin. Da sollen große deutsche Interessen in Neu-Guinea vorhanden sein! In Wahrheit sind da nur 40 deutsche Interessen. Man sollte die Vorlage ungestimmt ablehnen. (Sinnvolle Abstimmung der Neu-Guineatompagnie neunmal. (Sehr wahr! v. d. Soz.)

Vorlage beweist die Transportsosten für die billigen Malaien auf Reich zu übernehmen. Lebhaft im Interesse der Plantagenbesitzer. Zustimmung bei den Soz.) Ebenso beweist man sich für den Reichsbauarbeiter, nach den Schiffsgebieten zu bekommen. — Würden wir nicht in prinzipiellen Gründen gegen die Vorlage stimmen müssen, so wären wir es aus finanziellen Gründen tun. Über mit aller Entschiedenheit den wir es dagegen, daß es national sein soll, für die deutschen pflanzlichen billigen Kultivatoren fördern. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Roske (wirth. Vereinig.): stimmt dem Vorredner in bezug auf die Verwendung Farbiger zu und verlangt, daß man den Seeleuten das Koalitionsrecht nicht verlässt, das allerdings an Bord zu rufen.

Unsicher d. r. Kolonialfinanzlage sei die Vorberora nicht ersichtlich. Wir können die Vorlage nicht grundsätzlich ab, erwarten aber klare Ausklärungen in der Kommission. (Stimme bei der wirth. Vereinigung.)

Abg. Dirksen (Mecklenb.): Die Vorlage ist im Interesse der Kolonial- und Schiffsgebiete Neu-Guinea notwendig. Soviel müssen wir jetzt in Sicht der Finanznot für eine ausführliche Kolonie übrig haben. (Stimme rechts.)

Abg. Voigtmann (frei. Volksp.): behauptet gegenüber dem Abg. Roske, daß die Einschätzung Farbiger auf den Schiffen auf dem Mangel deutlichen Seeleuten beruhe, auch könnten die Farbigen die hohen Temperaturen besser vertragen.

Abg. Roske (Soz.): Herr Voigtmann meint u. a., daß Arbeiter ausdrücklich nicht zum Lloyd zu geben, wenn ihnen die vorgelegten Voraussetzungen nicht entsprechen. Diese Unternehmensherrschaften kennen wir, aber würden mich doch bei einem streitigen Abgeordneten. Herr Voigtmann ist es schwer für möglich gehalten, auf unseren Wahlprinzipien zu bestehen. (Sehr richtig!) Leider befürchten wir, daß dies nicht der Fall ist. Wir würden ihnen alles gute, aber daß wir uns nicht als der Rost und zunächst dabei wie das zu wünschen, daß wir uns nicht als der Rost und zunächst dabei wie das zu wünschen, daß wir uns nicht mehr, daß die Chinesen gegen die Hölle widerstehen. Das Haus verträgt sich.

Niedrige Sitzung. Donnerstag 1 Uhr. Antrag Albrecht und Geßner (Soz.) über die reichsgerichtliche Regelung des landlichen und kolonialen Arbeiterschutzes in Verbindung mit den dazu geplanten Praktiken. Sitzung 7/8 Uhr.

Parteiangelegenheiten.

Sozialdemokratische Bauernverbände.

Aus Baden nach berichtet: Unter den 65 Kandidaten, die unsere Partei bis jetzt zu den im Oktober d. J. stattfindenden Landtagswahlen aufgestellt hat, befinden sich auch viele praktisch tätige Land-

wirte. Das meiste Interesse ist nicht davon unter Kandidat in Kreis Waldshut-Bonndorf, der Landwirt August Stadler in Schwäbisch Gmünd, ein nationalsozialistisches Blatt, der Aborte in Waldshut, lenkt dieser Tage die Aufmerksamkeit seiner Partei auf das Betrieben der badischen Sozialdemokratie, mehr Eingang in Bauerntreinen zu finden, und bezeichnete dabei August Stadler als einen ebenso überzeugten wie lenniniertenden Anhänger der Sozialdemokratie", einen "leninistischen Mann", einen "Bauer von echtem Charakter und Krempe", einen "Volksschreiber von erstaunlicher Sicherheit und Gewandtheit", der ohne Zweifel "Ausicht auf eine ziemliche Stimmenzahl habe". Wenn wer nicht mit Blindheit geschlagen sei, müsse die Frage, ob die sozialdemokratische Bauerntagktion Erfolg haben werde, mit einem platten Ja! beantworten.

Die badische Sozialdemokratie ist bei der Aufstellung ihrer Bauernkandidaten zum nächsten Landtag bestreitig vorzehangen. Außer Stadler hat sie noch die Landwirte Schmid in Donaueschingen, Bauer in Müllheim und Beckhoff in Mannheim-Land aufgestellt.

Die Berliner Arbeiterbildungsschule

berichtet darüber den Bericht über das vom 1. April 1907 bis 30. September 1908 laufende 17. Geschäftsjahr. Die Mitgliederzahl stieg von 1705 (114 Damen, 1591 Herren) im Durchschnitt des vorherigen Geschäftsjahrs auf 2020 (129 Damen, 1881 Herren). Die Ursache dieser nur geringen Zunahme ist vor allem in der durch die Landesversammlung notwendig gewordene Einschränkung der Kurse zu suchen. Doch wird sich die Arbeiterbildungsschule durch diese gelegentlichen Rückschläge, die zum Teil in örtlichen Schwierigkeiten, zum Teil in der allgemeinen Krise begründet sind, nicht entmutigen lassen; es ist auch schon die Gründung zweier neuen Filialen in Lichtenberg und Niederschöneweide ins Auge gefasst worden. An den sechs Berichtsquartalen wurden von folgenden Dogmen-Vorträgen gehalten: Grunwald (Nationalökonomie, Rechtsschule), Maurenbrecher (Geschichte), Rabensteiner (Geschichte, Soziale Gefechtung), Julian Vorbrück (Nationalökonomie, Rechtsschule), Heinrich Schulz (Geschichte), Kreuzfeld (Literaturgeschichte), Baede (Naturerkennnis), Dr. Mojenfeld (Soziale Gefechtung), Regina Kuban (Literaturgeschichte), Dr. Conrado (Geschichte), Baum (Naturerkennnis). Die Zahl der Hörer der eingehenden Kurse war naturgemäß sehr verschieden; sie schwankte zwischen 14 und 381.

Burkhardtserinnerung der Mitglieder sei folgendes bemerkbar: Von den Mitgliedern waren 40 nur politisch, 584 nur gewerkschaftlich und 1072 nach beiden Richtungen organisiert, während von 374 keine Angaben vorlagen. Neben das Alter der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: bis 20 Jahre waren 148 Mitglieder alt, 20 bis 30 Jahre 1162, 30 bis 40 Jahre 816, 40 bis 50 Jahre 58, 50 bis 60 Jahre 8, 60 bis 70 Jahre 1 und über 70 Jahre auch 1. 1840 Mitglieder haben Angaben über ihren Beruf gemacht. Die hauptsächlich vertretenen Berufskategorien waren: Metallarbeiter 398, Holzarbeiter 159, Weber 115, Arbeiter 84, Buchdrucker 78, Webmutter 70, Handlungsbuchhaltungen 56 usw.

Etwas ist noch, daß die Schule auch eine Bibliothek von insgesamt 1900 Büchern besitzt, auf die im Berichtsjahr 3205 Entleihungen kamen. Am meisten wurden gelesene Werke literarischen Inhalts (1272 Entleihungen) und die nationalökonomischen Werke (668 Entleihungen). Neben ihren wissenschaftlichen hat die Arbeiterbildungsschule auch mehrere künstlerische Veranstaltungen gepflegt.

Die Herausforderung der Mitglieder sei folgendes bemerkbar:

Von den Mitgliedern waren 40 nur politisch, 584 nur gewerkschaftlich und 1072 nach beiden Richtungen organisiert, während von 374 keine Angaben vorlagen. Neben das Alter der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: bis 20 Jahre waren 148 Mitglieder alt, 20 bis 30 Jahre 1162, 30 bis 40 Jahre 816, 40 bis 50 Jahre 58, 50 bis 60 Jahre 8, 60 bis 70 Jahre 1 und über 70 Jahre auch 1. 1840 Mitglieder haben Angaben über ihren Beruf gemacht. Die hauptsächlich vertretenen Berufskategorien waren: Metallarbeiter 398, Holzarbeiter 159, Weber 115, Arbeiter 84, Buchdrucker 78, Webmutter 70, Handlungsbuchhaltungen 56 usw.

Die Herausforderung der Mitglieder sei folgendes bemerkbar:

Von den Mitgliedern waren 40 nur politisch, 584 nur gewerkschaftlich und 1072 nach beiden Richtungen organisiert, während von 374 keine Angaben vorlagen. Neben das Alter der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: bis 20 Jahre waren 148 Mitglieder alt, 20 bis 30 Jahre 1162, 30 bis 40 Jahre 816, 40 bis 50 Jahre 58, 50 bis 60 Jahre 8, 60 bis 70 Jahre 1 und über 70 Jahre auch 1. 1840 Mitglieder haben Angaben über ihren Beruf gemacht. Die hauptsächlich vertretenen Berufskategorien waren: Metallarbeiter 398, Holzarbeiter 159, Weber 115, Arbeiter 84, Buchdrucker 78, Webmutter 70, Handlungsbuchhaltungen 56 usw.

Die Herausforderung der Mitglieder sei folgendes bemerkbar:

Von den Mitgliedern waren 40 nur politisch, 584 nur gewerkschaftlich und 1072 nach beiden Richtungen organisiert, während von 374 keine Angaben vorlagen. Neben das Alter der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: bis 20 Jahre waren 148 Mitglieder alt, 20 bis 30 Jahre 1162, 30 bis 40 Jahre 816, 40 bis 50 Jahre 58, 50 bis 60 Jahre 8, 60 bis 70 Jahre 1 und über 70 Jahre auch 1. 1840 Mitglieder haben Angaben über ihren Beruf gemacht. Die hauptsächlich vertretenen Berufskategorien waren: Metallarbeiter 398, Holzarbeiter 159, Weber 115, Arbeiter 84, Buchdrucker 78, Webmutter 70, Handlungsbuchhaltungen 56 usw.

Die Herausforderung der Mitglieder sei folgendes bemerkbar:

Von den Mitgliedern waren 40 nur politisch, 584 nur gewerkschaftlich und 1072 nach beiden Richtungen organisiert, während von 374 keine Angaben vorlagen. Neben das Alter der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: bis 20 Jahre waren 148 Mitglieder alt, 20 bis 30 Jahre 1162, 30 bis 40 Jahre 816, 40 bis 50 Jahre 58, 50 bis 60 Jahre 8, 60 bis 70 Jahre 1 und über 70 Jahre auch 1. 1840 Mitglieder haben Angaben über ihren Beruf gemacht. Die hauptsächlich vertretenen Berufskategorien waren: Metallarbeiter 398, Holzarbeiter 159, Weber 115, Arbeiter 84, Buchdrucker 78, Webmutter 70, Handlungsbuchhaltungen 56 usw.

Die Herausforderung der Mitglieder sei folgendes bemerkbar:

Von den Mitgliedern waren 40 nur politisch, 584 nur gewerkschaftlich und 1072 nach beiden Richtungen organisiert, während von 374 keine Angaben vorlagen. Neben das Alter der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: bis 20 Jahre waren 148 Mitglieder alt, 20 bis 30 Jahre 1162, 30 bis 40 Jahre 816, 40 bis 50 Jahre 58, 50 bis 60 Jahre 8, 60 bis 70 Jahre 1 und über 70 Jahre auch 1. 1840 Mitglieder haben Angaben über ihren Beruf gemacht. Die hauptsächlich vertretenen Berufskategorien waren: Metallarbeiter 398, Holzarbeiter 159, Weber 115, Arbeiter 84, Buchdrucker 78, Webmutter 70, Handlungsbuchhaltungen 56 usw.

Die Herausforderung der Mitglieder sei folgendes bemerkbar:

Von den Mitgliedern waren 40 nur politisch, 584 nur gewerkschaftlich und 1072 nach beiden Richtungen organisiert, während von 374 keine Angaben vorlagen. Neben das Alter der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: bis 20 Jahre waren 148 Mitglieder alt, 20 bis 30 Jahre 1162, 30 bis 40 Jahre 816, 40 bis 50 Jahre 58, 50 bis 60 Jahre 8, 60 bis 70 Jahre 1 und über 70 Jahre auch 1. 1840 Mitglieder haben Angaben über ihren Beruf gemacht. Die hauptsächlich vertretenen Berufskategorien waren: Metallarbeiter 398, Holzarbeiter 159, Weber 115, Arbeiter 84, Buchdrucker 78, Webmutter 70, Handlungsbuchhaltungen 56 usw.

Die Herausforderung der Mitglieder sei folgendes bemerkbar:

Von den Mitgliedern waren 40 nur politisch, 584 nur gewerkschaftlich und 1072 nach beiden Richtungen organisiert, während von 374 keine Angaben vorlagen. Neben das Alter der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: bis 20 Jahre waren 148 Mitglieder alt, 20 bis 30 Jahre 1162, 30 bis 40 Jahre 816, 40 bis 50 Jahre 58, 50 bis 60 Jahre 8, 60 bis 70 Jahre 1 und über 70 Jahre auch 1. 1840 Mitglieder haben Angaben über ihren Beruf gemacht. Die hauptsächlich vertretenen Berufskategorien waren: Metallarbeiter 398, Holzarbeiter 159, Weber 115, Arbeiter 84, Buchdrucker 78, Webmutter 70, Handlungsbuchhaltungen 56 usw.

Die Herausforderung der Mitglieder sei folgendes bemerkbar:

Von den Mitgliedern waren 40 nur politisch, 584 nur gewerkschaftlich und 1072 nach beiden Richtungen organisiert, während von 374 keine Angaben vorlagen. Neben das Alter der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: bis 20 Jahre waren 148 Mitglieder alt, 20 bis 30 Jahre 1162, 30 bis 40 Jahre 816, 40 bis 50 Jahre 58, 50 bis 60 Jahre 8, 60 bis 70 Jahre 1 und über 70 Jahre auch 1. 1840 Mitglieder haben Angaben über ihren Beruf gemacht. Die hauptsächlich vertretenen Berufskategorien waren: Metallarbeiter 398, Holzarbeiter 159, Weber 115, Arbeiter 84, Buchdrucker 78, Webmutter 70, Handlungsbuchhaltungen 56 usw.

Die Herausforderung der Mitglieder sei folgendes bemerkbar:

Von den Mitgliedern waren 40 nur politisch, 584 nur gewerkschaftlich und 1072 nach beiden Richtungen organisiert, während von 374 keine Angaben vorlagen. Neben das Alter der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: bis 20 Jahre waren 148 Mitglieder alt, 20 bis 30 Jahre 1162, 30 bis 40 Jahre 816, 40 bis 50 Jahre 58, 50 bis 60 Jahre 8, 60 bis 70 Jahre 1 und über 70 Jahre auch 1. 1840 Mitglieder haben Angaben über ihren Beruf gemacht. Die hauptsächlich vertretenen Berufskategorien waren: Metallarbeiter 398, Holzarbeiter 159, Weber 115, Arbeiter 84, Buchdrucker 78, Webmutter 70, Handlungsbuchhaltungen 56 usw.

Die Herausforderung der Mitglieder sei folgendes bemerkbar:

Von den Mitgliedern waren 40 nur politisch, 584 nur gewerkschaftlich und 1072 nach beiden Richtungen organisiert, während von 374 keine Angaben vorlagen. Neben das Alter der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: bis 20 Jahre waren 148 Mitglieder alt, 20 bis 30 Jahre 1162, 30 bis 40 Jahre 816, 40 bis 50 Jahre 58, 50 bis 60 Jahre 8, 60 bis 70 Jahre 1 und über 70 Jahre auch 1. 1840 Mitglieder haben Angaben über ihren Beruf gemacht. Die hauptsächlich vertretenen Berufskategorien waren: Metallarbeiter 398, Holzarbeiter 159, Weber 115, Arbeiter 84, Buchdrucker 78, Webmutter 70, Handlungsbuchhaltungen 56 usw.

Die Herausforderung der Mitglieder sei folgendes bemerkbar:

Von den Mitgliedern waren 40 nur politisch, 584 nur gewerkschaftlich und 1072 nach beiden Richtungen organisiert, während von 374 keine Angaben vorlagen. Neben das Alter der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: bis 20 Jahre waren 148 Mitglieder alt, 20 bis 30 Jahre 1162, 30 bis 40 Jahre 816, 40 bis 50 Jahre 58, 50 bis 60 Jahre 8, 60 bis 70 Jahre 1 und über 70 Jahre auch 1. 1840 Mitglieder haben Angaben über ihren Beruf gemacht. Die hauptsächlich vertretenen Berufskategorien waren: Metallarbeiter 398, Holzarbeiter 159, Weber 115, Arbeiter 84, Buchdrucker 78, Webmutter 70, Handlungsbuchhaltungen 56 usw.

Die Herausforderung der Mitglieder sei folgendes bemerkbar:

Von den Mitgliedern waren 40 nur politisch, 584 nur gewerkschaftlich und 1072 nach beiden Richtungen

in Dönhofen legten die organisierten Männer die Arbeit nieder, weil sie seit 40 nur 35 Pf. Stundenlohn erhielten. Das Eisenwerk läßt die umfangreichen Umbauten in eigener Regie herstellen. Lieber das Werk ist die Sperrung verhängt. — Die Männer der Firma Paul Grauert im Saaleck sind Sonnabend, weil der Unternehmer den vereinbarten Tarif nicht einfüllen will. — Auf der Außergrenze bei Coswig sind sämtliche Mitglieder des Vorstandes der Knapphaftekontrolle, 10 an der Zahl, sowie 4 Mitglieder des Arbeitsauschusses entlassen.

Ausbau.

Sabotage.

Die ausländigen Schmiedearbeiter in Paris haben, wie bürgerliche Repräsentationsräte berichten, in den Truhenen der Blätter Comœde und des Sportblattes Auto Tech in die Segmashinen gegeben, modisch diese unbrauchbar geworden sind. — Sabotage ist ein Kampfmittel, auf das in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung längst verzichtet hat.

Verfammlungen.

Stoffarbeiter. In der am 10. Januar im Goldhaus stattgefundenen Stoffarbeiterversammlung wurde zunächst die Abrechnung vom 4. Quartal gegeben. Ein Defizit entstand in der Haushaltsabrechnung, daß den arbeitslosen Kollegen die freiwilligen Krankenversicherungsbeiträge zurückerstattet wurden. Das wird wahrscheinlich in Zukunft vermieden müssen. Hierauf gab der Vertrauensmann einen Bericht über die im vergangenen Jahr bewältigte Arbeit, verbreitete sich ähnlich ausführlich über die Wölflicher Katastrophen, bei der eine Anzahl unserer Kollegen den Tod fand oder schwer verletzt wurde, und führte den Kollegen vor Augen, daß das vergangene Jahr auch ein Jubiläum war, indem wir auf ein 10-jähriges Bestehen unserer Branche zurückblicken konnten. Die Umwandlung unserer Branche in eine Firma wurde mit großer Majorität abgestimmt. Dem Vertrauensmann und dem Kassierer wurden je 50 M. Entschädigung für ihre Arbeit gewährt. Die Wahl des Vertrauensmannes mußte verzögert werden wegen Unstimmigkeit bezüglich der Wahl durch die Vertretenden. In die Kommission wurden gewählt: Kollege Lange (zugleich Kassierer), Lenz, Karl Müller, Göttlicher, Küntzsch, Holmann, Beyer und Biele; als Beisitzer die Kollegen Rauke und Lorenz. Der Beschuß wurde gefaßt, in Zukunft eine dreigliedrige Kommission zu wählen, die Streitigkeiten zu schlichten hat, doch dürfen die Kommissionssmitglieder nicht in dem in Frage kommenden Geschäft tätig sein. Da der Kassierer mit dem immer wöhrenden Vertrag nicht mehr weiterarbeiten will, wurde beschlossen, einen Loszuflug von 10 Pf. zu erheben. Nachdem noch einige interne Sachen erledigt waren, wurde der Vorschlag gemacht, einmal an die Öffentlichkeit zu treten mit einer Bekanntwerbung über die langsame Entwicklung der Ausbildung im Matzschau. Die Dresdner Stoffarbeiter bedauern die vom Stadtbaurat dabei befürchtete Zölle und daß die unternommenen Schritte eine Beschleunigung der Ausbildungen herbeizuführen nicht in stande waren — trotz der gemachten Versprechungen seitens des Stadtbaurats Schlein. Zum mindesten erwarteten die Dresdner Stoffarbeiter, daß in erster Linie Dresden zu den Arbeiten herangezogen werden, damit sie ihren Verpflichtungen als Staatsbürgen nachkommen können. (Eing. 24/1.)

Kreisfeuer. Die Generalversammlung der Kreisfeuerwehrtagen tagte am 20. Januar. Der Bericht vom 4. Quartal und der Jahresbericht wurden für sehr gut befunden. Daran schloß sich der Vorstandsbereich. Die weitere Agitation erstreckte sich auf den Plauenschen Grund, Nadeberg, Großenhain und Ritter. In der sich anschließenden Debatte wurde eine lebhafte Agitation gewünscht. Die verloren gegangene Feuerwehr-Vereinigung veranlaßt und nunmehr dieses Jahr in eine Bewegung einzutreten, die im allgemeinen die Regelung einer einheitlichen Arbeitszeit mit sich bringen soll. Die organisierten Kollegen sollen mit großer Liebe für den Verbund arbeiten. Daraus galt wohl der Bericht vom Arbeitsausschuß des Jahres 1908. Auch diesmal forderte man, den Post- und Logistikwagen möglichst zu befestigen, um auch die älteren und verheiraten Kollegen besser in seine Stellung zu bringen. Der Antrag des Vorstandes auf Ausschluß der Mitglieder, die länger als sechs Wochen im Rückstande sind, wurde einstimmig angenommen. Als aufgeklöppelt sind 58 Mitglieder zu betrachten, die im Laufe des Jahres weder ihre Beiträge voll geleistet, noch sich abgemeldet haben. Außerdem wurden von den in der Liste geführten Mitgliedern weitere 20 ab 1. Februar mit dem Ausschluß bedroht, wenn sie bis dahin, trotz einer nochmaligen Mahnung, ihre Beiträge bis auf sechs Wochen nicht nachgezahlt haben. Bemerkenswert sel. da sich im Laufe des Jahres 15 zum Teil ältere Mitglieder ständig machen mußten. Über die Steuerabfuhr des Gemeinwohlandes entpann sich eine lebhafte Debatte, die die Verlängerung der Versammlung auf Mittwoch den 27. Januar, abends 9½ Uhr, abermals nach dem Vereinslokal, Freiberger Platz 11, zur Folge hatte. (Eing. 25/1.)

Bamf hat nicht den widerlich süßen und weichlichen Malzgeschmack wie andere Malzkaffees

Malzkaffee-Bamf

Bamf hat vielmehr einen kräftigen aromatischen Kaffeegeschmack und ist der beste Kaffeezusatz

Klischees

wolle man nach Ablauf der Insolvenz ungesäumt in der Expedition abholen, da wir keine Garantie für nicht abgeholt Klischees übernehmen können.

Bädewannen
solid und groß
solit u. dillier als
in Warenhäusern
nur 9 M.
Eiswannen
nur 6 M.
Otto Graichen
Trompeterstr. 15
Deutsch-Electro-Patent

Frauen!
Verlangt das Buch: Die
Führung der Periode
von Dr. H. G. Schäfer.
Gegen Einlieferung v. 1 M.
Frau R. Freileben
Trebbien 1, Wohnung 1.

Militär-Stiefel u. Schuhe
neu u. getrocknet, mit bei
H. Nicolai, H. Grebschall
Fleisch-Götze — Alte Eiche.

Unter uns

gelöst, die breite med. Seite ist die erste
Steckenpferd-Tierstichwelle
von Bergmann & Co., Kiel
mit Baumwolle: Steckenpferd
gegen alte Kugeln, Dentureinsteifen
und Dantenschäden, wie Alteker,
Zähne, Fleischer, Blätter, wie Flecke u.
so. Et. 50 Pf. in Dresden bei:
Bergmann & Co., Alten-Johann-Stra.
Kermann Koch, Altmont 5.
Ludwig Künzelsau, Am See 56.
Ludwig Künzelsau, Neustadt, Markt,
Weigel & Zeiss, Untermarkt 12.
In Pieschen: 0. Büttner.

J. Arlt, Pieschen
Friedrichstraße 28.

Stube, Kammer u. Küche
zum Preis von 185 M. bis 1. April
zu neu. Westphal, Grüner 7, Hof 1.

Schneiderin aus Arbeit. Blätter
vom 25. M. am. Stelle vom 1. M. an.
Dressler & Co., Friedrichstraße 5, 2, 1.

Sofort gesucht
eine Antwort, einige Stunden
des Tages. Zu melden: Frieder. 8. S. 1.
abends zwischen 6½—7½, Uhr.

Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden.
Nach amtlichen Bestellungen. Es verheben sich: der niedrigste
Preis für Fleisch mit Salz, der höchste Preis für Fleisch ohne Salz.

| Röhre Bezeichnung | Preise für 1/2 Kilogramm | | |
|-------------------------------|--------------------------|-----------|------------|
| | 24. Jan. 1908 | Ende 1908 | Febr. 1907 |
| Wurst | | | |
| Boudin | 60—120 | 60—120 | 70—120 |
| Bratwurst, neue | 50—90 | 50—80 | 60—80 |
| Schinken | 80—120 | 80—120 | 80—120 |
| Lende, unbeschädigt | 80—160 | 80—160 | 80—160 |
| Lende, ausgedehnt | 80—140 | 80—140 | 80—140 |
| | 110—250 | 110—250 | 110—250 |
| Rindfleisch | | | |
| Schnitzfleisch | 120—200 | 120—200 | 120—200 |
| Heute | 80—120 | 80—120 | 80—120 |
| Uebrige Teile | 60—120 | 60—120 | 65—120 |
| Hammetfleisch | | | |
| Neuse | 75—120 | 75—120 | 75—120 |
| Kotelett | 75—120 | 75—120 | 75—120 |
| Konfekt | 60—100 | 60—100 | 65—110 |
| Schweinefleisch | | | |
| Neuse | 75—100 | 70—100 | 70—100 |
| Kotelett | 85—120 | 85—120 | 80—120 |
| Knödel | 65—85 | 65—85 | 60—80 |
| Hausfleisch | 30—70 | 30—70 | 30—70 |
| Schinken im Rücken | 100—150 | 100—150 | 90—150 |
| Speck, geräuchert | 160—240 | 160—240 | 160—240 |
| Speck, rot | 70—100 | 70—100 | 80—100 |
| Schweinefleisch | 65—90 | 65—90 | 65—90 |
| Hinterbauch | 90—100 | 90—100 | 80—100 |
| Blasenwurst | 60—80 | 60—80 | 60—80 |
| Leberwurst | 50—140 | 50—140 | 50—120 |
| Gevolatwurst | 60—120 | 60—120 | 60—120 |
| | 120—200 | 120—200 | 120—200 |

nahrung der Kampfbeteiligten. Vornehmlich führen sie Schießübungen aus.

Berlin, 26. Januar. Der Aufsteiger Paul Werdermann, der Warenhausbesitzer Pander in einem Briefe, gedreht durch die Familienverbündnisse über ihn in den Zeitungen zu veröffentlichen, wurde heute von der vierten Strafkammer des Landgerichts Berlin I wegen bestechter Erpressung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Vorliegende bemerkte in der Urteilsverkündung, derartige Untersuchungen durch Revolverjournalisten und ähnliche Leute hätten sich bestimmt gewaltiger Weise, daß eine strenge Bestraftung in Pflicht sei.

Erfurt, 26. Januar. Professor Bauer aus Schleiz wurde von der viersten Strafkammer wegen Stillschweigenbrechung, begangen an schulpflichtigen Mädchen, zu 2 Jahren Justizgefängnis verurteilt und zu 5 Jahren Ehrenstrafe verurteilt.

Saarbrücken, 26. Januar. Ein Lehrer der 7. Klasse verlor der Unterpflaster gegenüber dienstlichen Verhältnissen, indem er dem Lehrer seiner Lehrerin entgegenkam, er schlug sie und bestrafte sie mit einem Stock.

Büren, 26. Januar. Das Bankgeschäft Dietrich in Büren ist die Zahlungen eingestellt. Die Unterstellung hat durchaus nichts mit militärischen aufgedeckt. Der Chef des Hauses hat sich an Gangsterfahrt beteiligt.

Büren, 26. Januar. Ein Betreuer der 7. Klasse verlor der Unterpflaster gegenüber dienstlichen Verhältnissen, indem er dem Lehrer seiner Lehrerin entgegenkam, er schlug sie und bestrafte sie mit einem Stock.

Büren, 26. Januar. Eine Feuerbrunst zerstörte gestern um die elektrische Kraftstation. Infolgedessen war die Stadt ohne Beleuchtung. Das Stadtkino mußte die Vorstellung absagen. Der Postkasten wurde verhorstet. Die Polizei kann die Meldungen überliefern.

Budapest, 26. Januar. Heute vormittag fand im Palais des Ministers des Innern, des Grafen Julius Endzolt, in Berlin zu Wissmach im Saal des Reichstags eine öffentliche Versammlung statt, in einem eingezäunten Raum das Eis zum Schmelzen zu bringen. Eine Explosion des im Kanal angebrachten Gas entzündete sich dabei. Der hierdurch angetriebene Materialabfuhr ist bedeutend. Verluste an Menschenleben sind nicht zu verzeichnen. Der herbeigehende Feuerwehr gelang es, den durch die Explosion abgebrochenen Brand abzuhauen zu lösen.

Konstantinopel, 26. Januar. In der Gedenkfeier Galatasaray an der Parapaga explodierte eine Turbine mit furchtbarem Geschwind. Die Betreuer wurden sofort getötet, viele schwer verwundet. Eine der Getöteten gehörte einer Arbeiterfamilie an, deren männliche Mitglieder im Laufe der Zeit sämtlich durch Unglücksfälle umgekommen sind.

Pittsburgh (Pennsylvania), 26. Januar. Bei einer Spülung die sich im Bowdell-Kohlenbergwerk im Somerset-County ereignete, wurden 3 Personen getötet. Eine Feuerlöschanlage von 50 Fuß, welche in das Bergwerk eintrat, wurde durch Erdbeben abgeschnitten.

Pittsburgh (Pennsylvania), 26. Januar. Bei einer Spülung die sich im Bowdell-Kohlenbergwerk im Somerset-County ereignete, wurden 3 Personen getötet. Eine Feuerlöschanlage von 50 Fuß, welche in das Bergwerk eintrat, wurde durch Erdbeben abgeschnitten.

Constantinople, 26. Januar. Im Sommerhalbjahr 1907 kam es zu einer gewaltigen Feuerbrunst, die die Stadt fast ganz zerstörte. Ein Feuer, das am 26. Januar 1907 entzündete, brannte sich bis zum 27. Januar 1908 aus. Es zerstörte die Hälfte der Stadt und kostete das Leben von über 1000 Menschen.

Constantinople, 26. Januar. Ein Feuer, das am 26. Januar 1907 entzündete, brannte sich bis zum 27. Januar 1908 aus. Es zerstörte die Hälfte der Stadt und kostete das Leben von über 1000 Menschen.

Constantinople, 26. Januar. Ein Feuer, das am 26. Januar 1907 entzündete, brannte sich bis zum 27. Januar 1908 aus. Es zerstörte die Hälfte der Stadt und kostete das Leben von über 1000 Menschen.

Constantinople, 26. Januar. Ein Feuer, das am 26. Januar 1907 entzündete, brannte sich bis zum 27. Januar 1908 aus. Es zerstörte die Hälfte der Stadt und kostete das Leben von über 1000 Menschen.

Constantinople, 26. Januar. Ein Feuer, das am 26. Januar 1907 entzündete, brannte sich bis zum 27. Januar 1908 aus. Es zerstörte die Hälfte der Stadt und kostete das Leben von über 1000 Menschen.

Constantinople, 26. Januar. Ein Feuer, das am 26. Januar 1907 entzündete, brannte sich bis zum 27. Januar 1908 aus. Es zerstörte die Hälfte der Stadt und kostete das Leben von über 1000 Menschen.

Constantinople, 26. Januar. Ein Feuer, das am 26. Januar 1907 entzündete, brannte sich bis zum 27. Januar 1908 aus. Es zerstörte die Hälfte der Stadt und kostete das Leben von über 1000 Menschen.

Constantinople, 26. Januar. Ein Feuer, das am 26. Januar 1907 entzündete, brannte sich bis zum 27. Januar 1908 aus. Es zerstörte die Hälfte der Stadt und kostete das Leben von über 1000 Menschen.

Constantinople, 26. Januar. Ein Feuer, das am 26. Januar 1907 entzündete, brannte sich bis zum 27. Januar 1908 aus. Es zerstörte die Hälfte der Stadt und kostete das Leben von über 1000 Menschen.

Constantinople, 26. Januar. Ein Feuer, das am 26. Januar 1907 entzündete, brannte sich bis zum 27. Januar 1908 aus. Es zerstörte die Hälfte der Stadt und kostete das Leben von über 1000 Menschen.

Constantinople, 26. Januar. Ein Feuer, das am 26. Januar 1907 entzündete, brannte sich bis zum 27. Januar 1908 aus. Es zerstörte die Hälfte der Stadt und kostete das Leben von über 1000 Menschen.

Constantinople, 26. Januar. Ein Feuer, das am 26. Januar 1907 entzündete, brannte sich bis zum 27. Januar 1908 aus. Es zerstörte die Hälfte der Stadt und kostete das Leben von über 1000 Menschen.

Constantinople, 26. Januar. Ein Feuer, das am 26. Januar 1907 entzündete, brannte sich bis zum 27. Januar 1908 aus. Es zerstörte die Hälfte der Stadt und kostete das Leben von über 1000 Menschen.

Constantinople, 26. Januar. Ein Feuer, das am 26. Januar 1907 entzündete, brannte sich bis zum 27. Januar 1908 aus. Es zerstörte die Hälfte der Stadt und kostete das Leben von über 1000 Menschen.

Constantinople, 26. Januar. Ein Feuer, das am 26. Januar 1907 entzündete, brannte sich bis zum 27. Januar 1908 aus. Es zerstörte die Hälfte der Stadt und

